

# Der Steinlärbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebührensendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kaffierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 16. Januar 1932

36. Jahrgang

Nummer 3

## Wo stehen wir?

Wenn auch die furchtbare Krise, unter der jeder einzelne mehr oder minder leidet, eine besondere Erörterung der Notlage überflüssig macht, so setzt eine sachliche objektive Beurteilung doch immer wieder eine Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Tatbestände voraus. Deutschlands wirtschaftliche und soziale Lage zu prüfen war aber jetzt erneut die Aufgabe eines Sonderausschusses in Basel, dem neben einem Delegierten Deutschlands zehn Vertreter ausländischer Regierungen angehörten. Wenn die Feststellungen dieses Ausschusses auch dem künftigen Beobachter des wirtschaftlichen Geschehens nichts Neues bringen, so geben sie doch in kurzgeprägter Form ein sehr interessantes Bild von den deutschen Verhältnissen, ein Bild, das jeder kennen sollte, der am öffentlichen Leben, dem sozialen und gewerkschaftspolitischen Geschehen Anteil nimmt. Denn im letzten Grunde sind und bleiben die wirtschaftlichen Verhältnisse die Plattform aller wirtschafts- und sozialpolitischen Machtkämpfe. Prüfen wir daher an Hand des Berichtes einmal kurz, wie das Ausland die deutschen Verhältnisse beurteilt.

Einleitend stellt der Bericht fest, daß die Weltwirtschaftskrise, die vor mehr als zwei Jahren einsetzte, ständig eine erhebliche Verschärfung erfahren habe. Jedes Land sei durch die Krise erschüttert worden, aber für Deutschland, sowie einige mittel- und osteuropäische Länder sei ihre Wirkung verheerend. Die ungeheuren Abzüge von Auslandskrediten hätten zur Lahmlegung des deutschen Bankensystems geführt und die Reserve und Kreditlage auf das äußerste angepannt. Den Höhepunkt des auf der ganzen deutschen Wirtschaft lastenden Druckes bilde die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, deren Maßnahmen in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel seien.

Bezüglich der kurzfristigen Auslandskredite Deutschlands wird dann festgestellt, daß diese Ende Juli 12 Milliarden Reichsmark betragen hätten. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1931 seien 2,9 Milliarden der kurzfristigen Auslandsgelder zurückgezogen worden. Durch das Stillhalteabkommen habe man diesen Rückfluß des Auslandskapitals eingedämmt. Trotzdem habe Deutschland seit dem 1. September bis zum 30. November schätzungsweise weitere 1200 Millionen Reichsmark zurückzahlen müssen. Die Höhe der gesamten Kapitalflucht wird in dem Bericht an anderer Stelle auf 4,9 Milliarden geschätzt.

Die Folgen dieser kreditpolitischen Manipulationen zeigen sich teilweise in dem Reichsbankausweis. Bezeichnend darauf erklärt der Bericht, daß die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank, die sich Anfang Juni noch auf 2576 Millionen Reichsmark belief, am 31. Juli nur noch 1610 Millionen Reichsmark betragen habe. Dieser Bestand wäre jedoch noch um 630 Millionen geringer gewesen, wenn die Bank für internationale Zahlungen und andere Kreditinstitute des Auslandes keine kurzfristigen Rediskontkredite gewährt hätte. Obwohl die Reichsbank versuchte, durch devisenpolitische Maßnahmen dieser ungünstigen Entwicklung Einhalt zu gebieten, sei der Gold- und Devisenbestand weiter gesunken und habe Mitte Dezember nur noch 1161 Millionen Reichsmark betragen. Die prozentuale Deckung des Notenumlaufes — so heißt es in dem Bericht weiter — fiel so auf 25,6 v. H. oder wenn man die 630 Millionen Reichsmark ausschließt, auf 11,7 v. H.

Die Wirkungen der Kapitalflucht auf den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank wären noch bedeutend ungünstiger gewesen, wenn ein Teil der Devisen nicht durch eine Steigerung der Ausfuhr, d. h. durch die stärkere Aktivität unserer Handelsbilanz herbeigeführt worden wäre. Während nämlich in der Zeit von 1925 bis 1929 Deutschland im Monatsdurchschnitt für 92 Millionen Reichsmark mehr Werte einfuhr als es exportierte, betrug im Jahre 1930 der Ausfuhrüberschuß 137 Millionen Reichsmark im Monat. Im Jahre 1931 waren diese Exportüberschüsse noch höher und betragen beispielsweise in verschiedenen Monaten sogar weit über 300 Millionen Reichsmark. Der Bericht bemerkt dazu, daß der in letzter Zeit erzielte hohe Ausfuhrüberschuß auf eine Reihe abnormer Faktoren zurückzuführen sei und es daher sehr zweifelhaft erscheine, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin einen Ueberschuß in der jetzigen Höhe zulassen werden. Als Beweis hierfür erwähnt man in dem Bericht die Zölle, Devisenkontrollmaßnahmen, Einfuhrbeschränkungen, Pfundentwertung, also neue handelspolitische Erschwernisse, die geeignet seien, die deutsche Ausfuhr in Zukunft in stärkerem Maße als bisher zu hemmen.

Sehr beachtlich sind sodann in den Darlegungen die Hinweise auf Produktion und Beschäftigung in Deutschland. Hier heißt es wörtlich: „Um soweit wie möglich seine Stellung gegenüber dem Ausland zu sichern — dem Reichsmarkkurs und den Ausfuhrmarkt — hat Deutschland eine zielbewusste Politik einschneidender und starker Senkung des Lohn- und Preisniveaus getrieben. Der Großhandelsindex fiel von 140 im November 1928 auf 106 im November 1931, und die Preise werden auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember noch weiter gesenkt, während nach dieser Verordnung die Löhne annähernd auf den Stand von Anfang 1927 zurückgeführt werden. Setzt man die Industrieproduktion des Jahres 1928 mit 100 an, so stieg der Produktionsindex im Jahre 1929 auf 101, fiel 1930 auf 86 und im September 1931 auf 66. In anderen Worten: ein Drittel des industriellen Lebens in Deutschland ist stillgelegt. Die Zahl der Erwerbslosen (ohne die Kurzarbeiter) hatte bei einer Gesamtzahl von etwa 21 Millionen Arbeitnehmern am 1. Dezember 1931 eine Höhe von 5 Millionen erreicht.“

In diesem Zusammenhang wird dann weiter betont, daß die Kapitalnachfrage in Deutschland in Verbindung mit dem inländischen Kapitalangebot die Zinssätze auf einem höheren Niveau als in anderen Ländern gehalten habe. 1930 kosteten Kredite für erklaffende Industriefirmen selten weniger als 8 Prozent. In den letzten Monaten seien sie auf etwa 12 Prozent gestiegen. Diese Belastung bedeute einen schweren Druck für die deutsche Industrie und sei eine der Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis.

Bezüglich der öffentlichen Haushalte wird in dem Bericht betont, daß die infolge der Krise geringer gewordenen Staats-

einnahmen einerseits und die wachsenden sozialen Ausgaben zum Unterhalt des Erwerbslosenheeres die öffentlichen Finanzen in eine kritische Lage gebracht hätten. Ohne die Steuererhöhungen würden die Einnahmen in den beiden letzten Jahren um etwa 3½ Milliarden oder um etwa 40 Prozent zurückgeblieben sein. Die Ausgaben des Reiches in den Rechnungsjahren 1929/30 und 1930/31 werden auf 16,1 Milliarden, die Ausgaben der Länder auf insgesamt 25,5 Milliarden Reichsmark beziffert. Trotz der erwähnten Erhöhung der Steuern mußte zum Ausgleich der Stats auch eine Kürzung der Ausgaben vorgenommen werden. Neben verschiedenen Einsparungen wurden dabei vor allem am Sozialetat starke Abstriche gemacht. Dazu vermerkt der Bericht folgendes:

Die in den beiden letzten Jahren durchgeführten Ersparnisse sind teilweise wieder dadurch aufgehoben worden, daß sich infolge der anwachsenden Arbeitslosigkeit die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge erhöht haben. Auch auf diesem Gebiet konnten erhebliche Ersparnisse dadurch erzielt werden, daß die in der Arbeitslosenversicherung früher im Durchschnitt gezahlte monatliche Unterstützung von 80,93 Reichsmark je Kopf auf 63,86 Reichsmark im Jahre 1931 herabgesetzt wurde. Der monatliche Unterstützungsaufwand in der Krisenfürsorge, der sich früher im Durchschnitt auf 71 Reichsmark belief, ist auf 60,75 Reichsmark je Kopf zurückgegangen, während die von den Gemeinden zu zahlenden Wohlfahrtsunterstützung wahrscheinlich auf etwa 50 Reichsmark monatlich geschätzt werden kann.

Die Politik der Regierung wird schließlich in dem Bericht mit folgenden Worten gewürdigt: „Die vornehmste Sorge der Reichsregierung war die Sicherung der Währung und ganz allgemein das Funktionieren der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, richtete sie alle ihre Anstrengungen darauf, das Gleichgewicht des Haushaltes nicht nur des Reiches, sondern auch der Länder und Gemeinden zu sichern. Die direkten Steuern wurden durch zweifache Erhöhung der Einkommensteuer und die indirekten Steuern wurden durch Einführung weiterer starker Abgaben auf Bier und Tabak erhöht; schließlich wurden für die Umsatzsteuer von 0,85 Prozent auf 2 Prozent heraufgesetzt. Bedeutende Einsparungen wurden bei den Reichsausgaben vorgenommen; die Gehälter aller öffentlichen Beamten und Angestellten wurden in den letzten 18 Monaten durch wiederholte Herabsetzungen um mehr als 20 Prozent gekürzt, so daß die Gehälter jetzt niedriger sind als zu Anfang 1927. Ein weiterer Hauptpunkt des Programms der Regierung war die Sen-

kung der Preise und Löhne. Die Preise wurden allgemein um 10 Prozent herabgesetzt. Die Mieten werden in ähnlichem Ausmaße gesenkt. Selbst die Zinssätze für langfristige Vergütungen müssen um etwa 25 Prozent gesenkt werden. Auf dem Gebiete der Löhne soll eine allgemeine Senkung auf den ungefähren Stand von Anfang 1927 eintreten.“

Nachdem der Bericht noch die sonstigen Maßnahmen hinsichtlich des Bankenaufsichtssystems sowie die devisen- und kreditpolitischen Regelungen erörtert hat, wird abschließend zu diesem Kapitel betont, daß die Frage, inwieweit die genannten Maßnahmen erfolgreich sein werden, gegenwärtig nicht beantwortet werden könne. Der Ausschuß sei aber der Ansicht, daß die zur Verteidigung und Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung und des Haushaltes getroffenen Maßnahmen den entschlossenen Willen der Reichsregierung zeigten, der Lage gerecht zu werden.

Wie bereits durch die Tagespresse bekannt, hat das Komitee seine Aufgabe nur darin gesehen, die wirtschaftliche und soziale Lage Deutschlands zu prüfen. Konkrete Schlussfolgerungen bezüglich der Weiterzahlung der Kriegsschulden hat daher der Ausschuß nicht gezogen. Der Bericht gilt vielmehr als Grundlage für die kommenden Reparationsverhandlungen, die am 20. Januar beginnen sollen. Der Bericht vermerkt dazu im allgemeinen nur, daß die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden an die gegenwärtige zerrüttete Lage der Welt ohne Verzug stattfinden müsse, wenn neues Unheil verhindert werden solle. Die Wiederherstellung des Vertrauens sei der einzige Schritt von Dauer zu einer sicheren Grundlage wirtschaftlicher Stabilität und wahren Friedens zu kommen. Ferner seien Schritte notwendig, um den deutschen Maßnahmen, die die Sicherung der Währung garantieren sollen, eine dauernde Wirkung zu sichern. Das Dokument schließt mit folgendem Appell: „Wir richten an die Regierungen, auf denen die Verantwortung zum Handeln ruht, den Appell, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen, um eine Besserung der Krise herbeizuführen, die gleichermaßen auf allen lastet.“

Diese Darlegungen zeigen erneut, daß die Milderung der Krisennot in Deutschland in erster Linie von der internationalen Entwicklung und der Haltung der deutschen Gläubigerstaaten abhängt. Es bleibt daher dringend zu wünschen, daß die kommenden Reparationsverhandlungen, die deutschen Verhältnisse genügend berücksichtigen, und daß man endlich die gewerkschaftliche Forderung nach Beseitigung der Reparationen überhaupt erfüllt. Auf jeden Fall aber wird der notwendige Ausweg und Verständigungswille nur dann möglich sein, wenn nicht die Rechts- und Linksradikalen Gewalttäter und Katastrophenpolitiker in Deutschland die Oberhand gewinnen, sondern wenn auch in Zukunft die Vernunft und der demokratische Gedanke siegt.

## Hoppla, wir Wirtschaftsführer leben

Mit rollenden Phrasen und donnernden Worten bezeichnen sich die kapitalistischen Wirtschaftsführer sehr gerne als „Lokomotivführer der Wirtschaft“. Ihre vielen Zeitungsorgane übernehmen sofort diese Schmeichelei, so daß vom Unternehmer der Eindruck eines fabelhaften, imponierenden und mächtigen Wesens entsteht. Wie der politische Untertan vor Ludendorff und Hitler Respekt hat, so bekommt dann auch der unorganisierte Proletarier Respekt vor den meist unsichtbaren Göttern des Kapitals.

Die vielen Zusammenbrüche zerstörten nun aber in letzter Zeit radikal zahlreiche Phantastische, die man jahrelang um einzelne Kapitalisten gewickelt hatte. Besonders die Pleite der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG enthüllte, daß die „großen Männer“ recht verantwortungslos, kaum mittelmäßig begabte Leute sind, denen zur Machtgestaltung und Machterhaltung so gut wie sämtliche Voraussetzungen fehlen. Nicht im Aufbau und Führen, wohl im egoistischen Rasen und Berludern waren sie groß.

Die „Jawag“ wurde vor rund 65 Jahren gegründet und errang im Laufe der Jahre Ansehen und Beachtung. Aus den Stürmen der Inflation rettete sie sich auch hinüber in stabiles Fahrwasser. Das Aktienkapital betrug 1928 fünf und zwanzig Millionen Reichsmark. Die bedeutendsten Großbanken und berühmtesten Privatbankiers waren daran beteiligt. Als 1928 der Börsenkurs auf 225 stand, machte mancher Aktienbesitzer glänzende Börsengewinne. Insgesamt waren in dem zum Konzern ausgewachsenen Unternehmen 61 Firmen vereinigt. Die jährlichen Prämieineinnahmen betragen 450 000 000 Reichsmark! Im Aufsichtsrat saßen als anerkannt tüchtige Kontrollpersonen unter anderem

Siegmund Bodenheimer, Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank,  
Dr. C. Goldschmidt vom Berliner Bankhaus J. Goldschmidt & Co., Berlin,  
Dr. Albert Hahn, Direktor der Deutschen Effekten- und Wechselbank,  
Dr. Max Hesse, Direktor der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft AG,  
Rudolf Kimmig, Generaldirektor, Karlsruhe,  
Richard Pohl, Direktor der Harb- & Co., GmbH, Berlin,  
Eduard Rothschild, Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M.,  
Kurt Sobernheim, Direktor der Commerz- und Privatbank AG Berlin,  
Dr. Paul Stern vom gleichnamigen Bankhaus in Frankfurt a. M.,  
Gustav Wijk, Direktor der Diskonto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M.

Trotz dieser „Fahmänner“ und Leute vom Bau zerbrachen die Säulen des Millionenunternehmens, versank die „Jawag“ im Sumpfe des Kapitalismus. Nicht weniger als elf gottbegnadete Generaldirektoren lenkten die Lokomotive des Unternehmens, bis sie mit mehr als 100 Millionen Reichsmark Verlust in den Abgrund stürzte! Eine für Arbeiter und Angestellte unfaßbar große Summe von Geld und Werten.

Der vor der großen Strafkammer in Frankfurt a. M. abrollende Prozeß gegen die Verantwortlichen hat nun schon einiges Licht in-

den Bankerott hineingebracht. Hierbei kam eine direkt skrupellose Hyänenmoral der Finanz- und Industriekapitäne zutage. Im Jahre 1928 bezogen die Geldfürsten der Jawag an festem Gehalt und Lohntiemer:

Syndikus Kirchmann	30 000 Mark.
Direktor Sauerbrey	50 000 Mark.
Direktor Mädie	100 000 Mark.
Direktor Schuhmacher	175 000 Mark.
Direktor Lindner	192 000 Mark.
Direktor Dumke	358 000 Mark.

Diese riesigen Summen genühten aber den Jawagkönigen nicht. Durch Hin- und Herziehen von Aktienpaketen stellten sie weitere märchenhafte Summen in ihre Briefkäse, die den Namen „Sondervergütungen“ trugen. So kaufte man in der Inflationszeit ein Aktienbündel der Berlinisch-Preussischen Versicherungsgesellschaft für 4000 Goldmark auf, um es im August 1924 für mehr als zwei Millionen Reichsmark an die Rücklingsbank abzustoßen. Für diesen Verkauf erhielt der angeklagte Direktor Mädie eine „Sondervergütung“ von 400 000 Reichsmark! Später wurden ihm aus diesem Geschäft nochmals 100 000 Reichsmark überlassen. Diese Summe teilte man mit anderen Direktoren, so daß Mädie „nur“ 110 000 Reichsmark verblieben!

Direktor Sauerbrey wurde mehrmals mit Extravergütungen von 100 000 Reichsmark überschüttet. Als bei einem Geschäft der erwartete Verlust von 110 000 Reichsmark zufällig nicht eintraf, teilten sich die Direktoren Mädie, Dumke und Beder einfach die Summe. Die Beträge flossen sofort ins Privatvermögen ab. Auf diese Art bezogen die Jawag-Direktoren von 1924 bis 1929 „nebenbei“:

Dumke genau festgestellt 25 Sondervergütungen mit 759 000 Mk.	
Beder genau festgestellt 30 Sondervergütungen mit 919 000 Mk.	
Mädie genau festgestellt 7 Sondervergütungen mit 380 000 Mk.	
Schuhmacher	116 000 Mk.
ajw.	

Direktor Bodenheimer von der Danabank erklärte hierzu, solche Art Sondervergütungen seien allgemein üblich und unbedenklich. Der als Zeuge vernommene Generaldirektor Walthers, früher beim Deutschen Lloyd tätig, sieht ebenfalls solche Extrahonorare als selbstverständlich an! Ja, ihm sei bekannt, daß sich ein namhafter Finanzkapitalist für ein erfolgreiches Geschäft 4,2 Millionen Reichsmark habe zahlen lassen!!

Bei diesen Zahlen über den „Lohn“ für die Führertätigkeit bleibt jedem Arbeiter der Atem aus. Wenn hunderte fleißiger Proletarier das ganze Jahr hindurch ohne Ruhepause mit größter Hebe arbeiten, haben sie noch nicht soviel als Waise zusammen, wie einer dieser großkapitalistischen Werwölfe „nebenbei“ allein. Mit Recht fordert daher die Arbeiterklasse eine bessere Verteilung der reichen Produkte ihrer sozialen Arbeit und die Beseitigung solcher arbeitlosen Einkommen. Da, wo nur eine einfache Pflichterfüllung vorliegt, existiert an sich nur ein Anspruch auf normale, nicht in so gewaltigem Abstände zur nor-

malen Entlohnung stehende Bezahlung. Nur eine ungewöhnliche, schöpferische Leistung kann es rechtfertigen, höher als die normale Entlohnung bezahlt zu werden. Aber bei dieser Sorte „Wirtschaftsführer“ haben wir noch nie eine schöpferische, geniale Leistung gesehen. Jedesmal jedoch, wenn die Arbeiter eine geringfügige Lohn-erhöhung verlangen, erwidern die übermäßig groß, mächtig und zahllosen Industrieherrn, Bankherrn und Aufsichtsratsmitglieder, das für die Produktion nicht tragbar! Wie es sich tatsächlich verhält, daß der Unternehmerrand phantastische Heuchelei ist, dürfte nun reiflos klar sein.

Über alle diese Dinge spricht kein Kommunist und kein Nationalsozialist. Ihnen ist noch immer der „Gewerkschaftsbonze“ der Hauptfeind. Weil dieser nicht gerade hungernd und in Lumpen herumläuft, weil dieser von seinen Kollegen gemäß proletarischer Bedürfnisse anständig, nicht übermäßig bezahlt wird, heben sie bis zur Bewußtlosigkeit gegen den „Bonzen“. Der Gewerkschaftsführer, der von früh bis spät für die Verbesserung der proletarischen Lebensverhältnisse kämpft, sich am Arbeitsgericht und bei Tarifverhandlungen mit den Unternehmern endlos lange herum-schlägt, der noch abends spät sich für Vorträge und geistige Aufklärung zur Verfügung stellt, der ist für die verirrten Proletarier der große, einzige Sündenbock. In Wirklichkeit sind diese Unorganisierten und Falschorganisierten aber die schlimmsten Handlanger des ausbeuterischen Kapitalismus. Wie Bleigewichte hängen sie an den Füßen der freigewerkschaftlichen Arbeiterkraft. Darum lautet unsere Schlussfolgerung:

**Schluß mit aller Härte über die Gewerkschaftsführer! Nicht die Augen auf die Unternehmer! Schafft endlich die große freigewerkschaftliche Einheitsfront aller Arbeiter gegen den wahren Gegner, gegen den habgierigen Kapitalismus!**

Schmizian.

## Tribute, die die eigenen Volksglieder beanspruchen

Das vollständig verarmte deutsche Volk zahlt noch Jahr für Jahr riesenhafte Renten an alle möglichen Fürsten, Herzöge und Grafen und was sie sonst dargestellt haben mögen, als sie noch unbefangene Herrschergewalt ausübten. Zum Teil handelt es sich hier um die Erfüllung vollständig verstaubter und überlebter „Rechte“, für die niemand mehr auch nur das allergeringste Verständnis aufbringen kann. Hinzukommt noch, daß diese Rentenempfänger durchweg ganz außerordentlich reich sind. Die meisten sind Besitzer von Grund und Boden in gewaltigem Umfange; viele Pächter müssen ihnen hohe Tribute zahlen. Sie können es nur, wenn sie aus ihrem Personal das Allerbeste heraus-holen und es gleichzeitig sehr ungenügend bezahlen und versorgen. Der deutsche Großgrundbesitz wird mit künstlichen Mitteln aufrechterhalten. Ihm zuliebe werden dem Volke die unentbehrlichsten Nahrungsmittel sehr stark durch Zölle verteuert. Diese mittelbaren Opfer betragen das Tausendfache der Renten- opfer, die gebracht werden müssen. Der deutsche Bauernstand muß hart um seine farge Selbstbehauptung kämpfen, weil er das künstlich verteuerte Getreide nicht mehr kaufen und nutzbringend für die Erzeugung veredelter Nahrungsmittel verwenden kann. Die deutschen Getreidepreise übersteigen die Weltmarktpreise zum Teil um das Dreifache. Das macht den Bauer geradezu nutzlos. Er kann in der Fleisch-, Geflügel-, Butter-, Milch- und Eierzeugung nicht mit dem Auslande konkurrieren. Darum die starke Einfuhr dieser Waren nach Deutschland, in denen wir viel Arbeitslohn mitbezahlen müssen. Unsere eigenen Menschen aber finden keine Arbeit. Es werden sogar noch „ganze Heere polnischer Saisonarbeiter“ vom Großgrundbesitz herangezogen, die dem deutschen Landarbeiter die Arbeitsmöglichkeit nehmen. Das geschieht wegen der kaum vorstellbaren Anpruchslosigkeit dieser Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mit Recht nannte eine angesehenere deutsche Zeitschrift diese Zustände kürzlich „himmlisch-reiend“. Es wurde gesagt, „der Großgrundbesitz ist ein Ueberbleibsel aus den Zeiten der Sklaverei und der späteren Hörigkeit“. Früher wurden die „niederen Schichten“ durch das Gesetz gezwungen, für feudale Herrschaften zu fronen, jetzt zwingt sie einfach ihre vollständige Besitzlosigkeit, besonders auch an Boden, dazu. Es ist dem landwirtschaftlichen Arbeiter vollständig unmöglich, selbst bei noch so hartem Fleiß und noch so großer Sparsamkeit je eigenen Boden erwerben zu können. Der Boden ist für ihn schließlich gesperrt. Der östliche Großgrundbesitz kann sich mit kulturwürdigen Mitteln nicht länger behaupten, selbst dann nicht, wenn das deutsche Volk ihm in Form von Zöllen Jahr für Jahr ungeheure Tribute

zahlt. Dabei hat dieser Großgrundbesitz nach der Inflation erst große Schuldsummen ohne Bezahlung aus den Grundbüchern streichen dürfen, das man gar nicht fassen kann, daß er es wagt, schon seit Jahren immer wieder nach neuen Volksoptionen zu rufen und noch dazu in so herausfordernder Weise, daß es andere Volks-teile empören muß. Es handelte sich bei der Schuldentilgung um viele Milliarden Mark. Und die Lebenshaltung wird dem Volke ebenfalls alljährlich um Milliarden Mark durch Zölle ver-teuert. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz müßte demnach in anderer Weise geradezu fabelhafte Vorteile für Volk und Staat haben. Aber davon hört man nichts, höchstens sagt man, er solle in der Arbeitsweise „Vorbild für die Bauern sein“. Es gibt aber kaum Feudalbetriebe, die wirtschaftswissenschaftlich und technisch als Vorbild dienen können. Warum hält man also die natürliche Entwicklung auf, die offensichtlich dahin weist, daß zuerst genügend hochwertige Nahrungsmittel erzeugt werden, für die hohe Preise an das Ausland gezahlt werden müssen und daß danach oder nebenher Korn angebaut wird? Korn ist zu Spottpreisen im Ausland zu kaufen und nicht etwa nur augenblicklich. Noch immer spannt sich der größte Teil des Bauernstandes vor den Wagen der Großgrundbesitzer. Wann wird man erkennen, daß das Wohl des selbstarbeitenden Bauern mit dem Wohl aller übrigen arbeitenden Schichten auf einer Linie liegt, nicht aber auf der Linie, wo ein verstein- dener Feudalismus anmachend alte, verstaubte Herrenrechte geltend macht!

Die Zustände, die der Großgrundbesitz des Ostens geschaffen hat, sind wohl die schlimmsten, die es in Deutschland gibt, obgleich es auch in manchen Endvierteln der Großstädte und noch vielerwärts sonst traurig genug aussieht. Ein Wirtschaftswissenschaftler schreibt darüber: „Der östliche Großgrundbesitz ist gezwungen, zur Aufrechterhaltung seiner Macht alljährlich ganze Heere polnischer Saisonarbeiter heranzuziehen, die, Männer und Weiber, wie in Zeiten der Sklaverei zu den niedrigsten Bedingungen arbeiten und wie die Tiere untergebracht sind. Man muß das gesehen haben, um es glauben zu können. Was Wunder, wenn die deutsche Bevölkerung aus diesen Gebieten des höheren wirt- schaftlichen Drucks in die Gebiete niederen Drucks auswandert. Dem gesellschaftlichen Problem, das der Großgrundbesitz in sich birgt, ist man bisher zögerlich aus dem Wege gegangen. Jede Gesellschaftsreform, die der sozialen Kultur dienen will, verfehlt ihr Ziel, wenn sie an der Reform der Bodenbesitz- und Boden- rechtsverhältnisse vorbeigehet.“

Das sind Tribute, die die große Mehrheit des Volkes einer recht kleinen Minderheit zahlt. Die Empfänger dieser jährlichen Mil- liardenopfer, hauptsächlich indirekter Art, können sich nicht genug darin gefallen, hochmütig auf andere hinabzusehen und bei jeder Gelegenheit ihre Vorbildigkeit, besonders in nationalen Dingen, zu betonen. Sollten sie immer noch nicht wissen, daß kaum jemand so rücksichtslos die notwendige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwic- lung hemmt wie sie?

Es gibt aber noch andere Tribute, die die Masse an eigene Volksglieder zahlen muß. Wieder sind es nur wenige Gewalt- haber, die sie einstreichen. Sie haben nicht die „alten Stamm- bäume“ der Feudalherren. Sie haben auch nicht alte Sonderrechte, wie die alten Herzöge, Fürsten, Landgrafen und Grafen mit ihren langen hochfliegenden Namen wie Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg oder Fürst zu Saxe-Wittgenstein-Hohen- stein usw. Aber sie haben einen nicht weniger großen Dünkel, und sie halten sich für unerreicht tüchtig. Leider ist gerade dies nicht immer, vielleicht nur sehr selten der Fall. Wohl mit Recht werden seit einiger Zeit auch die deutschen Wirtschaftsführer für die vielen Anzulänglichkeiten, Verfehlungen und sittlichen Mängel verantwortlich gemacht, die immer zahlreicher in der Wirtschaft erkennbar werden.

Eine Zeitung des Industriegebiets berechnete vor kurzem, daß die 11344 Aktiengesellschaften, die im Jahre 1929 in Deutschland vorhanden waren, für Direktorengehälter und Aufsichtsratszuwen- dungen rund 2½ Milliarden Mark im Jahre ausgeben. Dabei ist als Durchschnittssatz für das Direktorengehalt 50 000 und für das Aufsichtsratsgehalt 5000 Mark angenommen. Es gibt General- direktoren, die das Zehnfache und mehr bekommen, und auch Direk- toren, selbst wenn mehrere in einem Unternehmen vorhanden sind, bekommen selten weniger als 50 000 Mark Gehalt, von anderen Zuwendungen ganz zu schweigen. Es wird ungeheuer viel Geld verschwendet, wo es sich um die sogenannten Wirtschaftsleiter handelt, während man Ar- beitern und Angestellten in der Masse das Ein- kommen nicht farg genug bemessen kann. Leider ist es da zutreffend, wenn von einer Direktoreninflation gesprochen wird. Und wo sollten die ganz unverantwortlich hohen Gehälter wohl „sicher“ angelegt werden?

Am anderen Morgen kamen die Steinmehnen erst zum Arbeiten, je nachdem sie ihren Rausch ausgeschlafen hatten. Da fiel es nicht auf, daß der Gänstopp fehlte. Auch von denen, die ihn an die Leiter gebunden hatten, dachte keiner mehr daran. Alle waren noch halb im Dösel, getrunken wurde auch schon wieder, vom Abend her war noch ein ganzes Faß da. Der Gänstopp blieb vergessen, bis ein vorübergehender Mann das Stöhnen hörte und die an- gebundene Zammergestalt auf der Leiter wahrte. Er trat ins Büro, wo der Polier, „der Onkel“, von dem Fremden dann hörte, was draußen sei. Er wollte seinen Augen nicht glauben, als er den Gänstopp da hängen sah. Ein Scheißer an alle, in den höchsten Tönen, wurde vom Onkel geblasen. Alles mußte heraus, die Leiter umlegen, und der Gänstopp wurde aus seiner mißlichen Lage be- freit. Was aber war das erste, was der Gänstopp verlangte, nachdem er sich gerettet hatte? „Ich hab' so'n Dörscht, gebt mir doch emol je trinke!“ (Ich habe arger Durst, gebt mir einmal zu trinken) sagte er, dem die Zähne klapperten vor Frost und alle Knochen wie gerädert waren. Arbeiten konnte der Gänstopp in dieser Woche nicht mehr, kam aber jeden Tag in die Werkstatt. Er muß eine robuste Natur gehabt haben, daß er diese Tortur, ohne ernstlichen Schaden zu nehmen, vertrug. Denn selbst eine Johannisnacht ist kalt, zumal dann, wenn man so auf einer Leiter zubringen muß, ohne sich bewegen zu können.

Samstags, am Zahltag, zahlte Meister Hannes selbst aus, gegen alle hergebrachte Gewohnheit, weil es gewöhnlich durch den Polier geschah. Das fiel auf. Die Steinmehnen ahnten nichts Gutes, blieben aber im ungewissen. Selbst dann wußten sie noch nicht was los war, als Meister Hannes jedem beim Auszahlen von seinem Lohn wieder einen Taler zurückverlangte. So hatte Meister Hannes drei und dreieißig Taler zu einem netten Säulchen aufeinandergeschichtet, da kam der Gänstopp als letzter ins Büro. Er hatte noch einen „Kapuziner“ aufgebäckt liegen, der durch Schuß schon „überjogen“ war. Zu beanspruchen hatte er also an diesem Zahltage nichts. Ob ihm der Alte wohl „Abschlag“ geben würde? Alle warteten draußen gepannt, schon im voraus etwas Schadenfreude auf den Gesichtern, denn keiner glaubte, daß der Gänstopp Abschlag erhielte. Drinnen im Büro aber schob der Alte dem Gänstopp die aufgeschichteten Taler hin. Das sei für das An- binden, meinte der Alte, wie der Gänstopp ihn verwundert ansah. Dann machte der Alte die Tür auf und rief den Draußenstehenden zu: „Daß ihr's wißt, dem Gänstopp habe ich die Taler gegeben, die ich euch abzog, von jedem einen, für's Anbinden.“ Den Gänstopp hörten sie aber dann noch zum Alten sagen: „Ich danke auch sehr, do defor loß ich mich jed' Woch' emol uff die Laaber binne; des is jo besser wie geschafft. So o viel Geld hab' ich noch in taaner Woch' verdient.“

Diesen Wunsch aber erfüllten die Kollegen dem „Gänstopp“ nicht.

### II.

#### Den Rod noch dazu!

Der „alte Bumbes“ war ein tüchtiger Steinmehmeister, der das Handwerk verstand und Arbeit zu schätzen wußte. Obwohl alles im wilden Afford bezahlt wurde, war gut arbeiten bei ihm, denn er

## Ein ungeheuerlicher Vorgang

Wie unser Verbandsvorstand erfährt, will die Provinz Hannover ihren Steinbruch in Collmen (Sachsen) an einen Großunternehmer der Plasterstein- und Schotterindustrie in Han- nover verkaufen, zu einem Preise, der kaum ein Drittel des investierten Kapitals ausmacht. Es ist zwar nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob die Provinz Hannover in der jetzigen Zeit mehrere Millionen Mark verschleppen kann. Wir fühlen uns auch nicht berufen, der Provinz zu raten, letzteres ist Sache der dazu berufenen Instanzen. Wir müssen aber als Gewerkschaft unsere warnende Stimme erheben im Interesse der Steinarbeiter und der Steuerzahler der genannten Provinz. Der Verkauf soll nämlich verbunden werden mit

**einem Monopollieferungsvertrag für den betreffenden Groß- unternehmer, dem auf 15 Jahre hinaus die Alleinlieferung von mindestens 70 Prozent des Bedarfs der Provinz an Hart- gesteinen übertragen wird zu Preisen, die für die ganze Zeit in ihren Grundlagen heute schon bindend festgelegt und damit dem Angriff der Konkurrenz entzogen werden.**

Es soll aber nicht nur der Kaufpreis, sondern auch eine Mindest- liefermenge festgesetzt werden, und zwar in einer Höhe, wie sie die Provinz in den letzten Jahren nicht verbraucht hat und in abseh- barer Zeit kaum verbrauchen wird. Das Tollste dürfte aber darin liegen, daß bei Nichtabnahme der vereinbarten Mindestquote der ratenweise 15 Jahre lang zu zahlende Kaufpreis oder Pachtsumme sich prozentual vermindert um die geringere Abnahme. Auf weitere Einzelheiten des sehr interessanten Vorganges soll heute nicht eingegangen werden, insbesondere nicht darauf, welche be- sonderen Ausgaben auch beim Kauf des Steinbruches durch den Großunternehmer die Provinz noch laufend für den Steinbruch zu zahlen hat, denn schon die grundrätlich aufgeführten Bestimmungen des Vertragsentwurfes sind so ungeheuerlich, daß wir uns vom Standpunkt der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit gegen sie wenden müssen.

Der betreffende Großunternehmer hat es verstanden, neben großen Teilen der Basalt- und der Granitindustrie nunmehr auch die Quarzporphyrsteinbrüche soweit in die Hände zu bekommen, daß ihm nur noch das Werk Collmen fehlt, um die Trufbildung zu vollenden. Die Arbeiter und ein großer Teil der Auftraggeber, die sich fast ausschließlich aus Kommunalbehörden zusammensetzen, sind dann von ihm abhängig. Wenn ihm dazu noch die Lieferung von mindestens 70 Prozent der erforderlichen Steinquanten in der Provinz Hannover garantiert wird, kann er mit diesem Monopol auf Grund der unmaßvollen Betriebsorganisation die Produktion auf wenige Arbeitsstellen beschränken. Ausschaltung der Konkurrenz und vermehrte Arbeitslosigkeit durch Betriebsstillegungen ist die weitere unvermeidliche Folge, wozu die Provinz die Hand bieten würde. Der Kampf um die Kommunalbetriebe, der bisher immer unter dem Motto der freien Konkurrenz für die Privatindustrie geführt wurde, entpuppt sich auch in diesem Falle als einseitige Interessenspolitik, der es lediglich darum zu tun war, in der Preis- politik freie Hand zu erhalten. Darum auch die Beseitigung dieses Unternehmens der Provinz!

Es hat den Anschein, als ob nicht nur dieses Ziel, sondern noch mehr erreicht wird. Die Provinz ist daran, einen einzelnen Unternehmer zum Preisdiktator für die von ihr benötigten Wege- baustoffe zu machen. Die in dem Monopolvertrag garantierten Preise sind höher als jene, die von der Konkurrenz im freien Wettbewerb gefordert werden; sie sichern der betreffenden Firma 15 Jahre lang einen außerordentlichen Gewinn auf Kosten der den Bruch verkaufenden Provinz. Die Firma ist dadurch gleichzeitig in der Lage, die Konkurrenz auf allen anderen Gebieten mit Steinen aus ihren Betrieben zu unterbieten, und die nicht so kapitalstarken und nicht mit Monopolpreisen ausgerüsteten Be- triebe lahmzulegen. Was sagen hierzu die übrigen Steinindustriellen und die hannoversche Be- völkerung? Wollen sie zusehen, daß sich die Provinz durch einen solchen Monopolvertrag in der Erlangung günstigerer An- gebote für Steine ausschaltet und die Hand zur Ruinierung einer Anzahl Steinbruchbetriebe bietet?

Nach unserer Auffassung kann und darf es nicht die Aufgabe der Provinz Hannover sein, den Vernichtungsprozeß eines eigenen Be- triebes herbeizuführen oder auch nur zu begünstigen. Ihre Aufgabe muß es vielmehr sein, die vorhandenen Werte zu erhalten und, wenn möglich, zu steigern.

A. Wbl.

## Aus dem früheren Steinmehleben

In dieser Stelle wollen wir einige Selbsterlebnisse nach den Erinnerungen unseres alten Kollegen Becker in Wiesbaden wiedergeben, die er oft im kleineren Kreise zum besten gegeben hat und die von einem anderen Kollegen (S. Ch.) schriftlich fest- gehalten wurden. Die Schilderungen haben keine Tendenz, spornen auch nicht an für unsere große Bewegung, sondern zeugen von Humor und Freiheit bei der Arbeit. Das war der alte Stein- mehnen Stolz! Die früheren Trinkfitten und -gewohnheiten und die daraus entspringenden dummen Streiche nehmen sich beim drastischen Erzählen besser aus, als wenn es schriftlich wieder- gegeben wird, weil von der Urwürdigkeit des Erzählers viel ver- loren geht. Dennoch bleibt von diesen Schilderungen ein Hauch aus der sogenannten Glanzzeit der Steinmehnen haften. Die alten Steinmehnen sind fast durchweg gute Erzähler und ob im Norden, Süden, Westen oder Osten hausend, sie alle wissen viel, je nach ihrer Charakteranlage, aus jener Zeit zu berichten.

Der Durst, das Stänkern und der Spitzname spielt dabei immer eine große Rolle. Das war jene Zeit, in der die Menschen noch unbefehwert von Arbeitsnot und politischer Verbissenheit sich durchs Leben schlängeln und dabei ihrem Humor derber die Zügel schießen ließen. Die in den Schilderungen erwähnten Namen sind Spitznamen, wie das heute noch im Steinmehleben Brauch ist.

### I.

#### Wie der „Gänstopp“ auf die Leiter gebunden war.

Dreißig Steinmehnen waren durchgängig mindestens beim alten Meister „Hannes“ beschäftigt. Jedes Jahr am Johannistag gab Meister Hannes zu seinem Namenstag seinen Steinmehnen, wie es im alten Steinmehleben heißt, „gut zu essen und zu trinken“. Letzteres so ausgiebig, daß es „mörderische Affen“ gab, obwohl die „Alten“ einen guten „Stümmel“ vertragen konnten. Es wurde dabei so spät und mancher so schwarz, daß viele in der Werkstatt auf den Strohbauhen ihren Rausch ausschleifen.

Der Gänstopp hatte sich schon beizeiten einen „Gehörigen“ ein- gewickelt. Außerhalb der Werkstatt suchte er sich, schlüpfig geworden, ein passendes Plätzchen. Auf den Sprossen einer dort liegenden langen Leiter legte sich der Gänstopp wie in ein Bett, wie es ihm wohl in seinem Affen schien; er schlief ein. Sein lautes Schnarchen machte einen noch einigermaßen klaren Kollegen aufmerksam, der sich den Schläfer und die ganze Situation eingehend betrachtete. Mit den Worten: „Drauß' lieht der Gänstopp uff de Laaber (Leiter) um ih' so schwarz wie an Deltreicher Schafo“, trat der Kollege in die Hütte zu den anderen, die noch eifrig schlüchelten. Einige steckten bald die Köpfe zusammen, um dem Gänstopp einen Schabernack zu spielen, was die „Alten“ besonders im Dösel gern taten. Ohne daß die Mehrzahl der Steinmehnen es beachtete, wurde Gänstopp mit einem kräftigen Seil fest an die Leiter gebunden. Der Gänstopp merkte davon nichts, merkte es auch nicht, wie die 4 Meter lange Leiter an einer Wand hochgestellt wurde. Da hing er nun am oberen Ende der Leiter, während das Gelage weiter ging.

war gerecht, aber auch leicht in Zorn zu bringen. Dann machte er Kraach, daß man es „zehn Häuser“ weit hörte. Beim Affordmachen für einzelne Stücke wurden ja bekanntlich die Gesellen oft über- vorteilt. Wurden diese nun beim Arbeiten gewahrt, daß sie nicht herauskämen, so verjuchten sie etwas vom „Alten“ zugelegt zu er- halten. Ließ sich der „Bumbes“ nur auf einen Disput ein wegen einer Forderung zum Draufzahlen, so war's halb gewonnen. Sagte er aber gleich nein, so war nichts mehr zu machen. Wenn der Bumbes irgend etwas tat oder sagte, so stand er dafür ein; ein Zurüd kannte er nicht.

Es waren Balkonträger (die weit ausragenden Konsolen unter massiver Balkonplatten) in Arbeit, der Kubikmeterpreis dafür nicht gerade schlecht zu nennen, wie er vereinbart war. Doch diese Balkonträger waren reich verziert mit „Schneden“, „Knöpfchen“, „Raffeemühlen“, „Schlappmäuler“ und anderen „Fisimatenten“. Da mag den daran arbeitenden Steinmehnen so etwas Rünftler- dünkeln in den Kopf gestiegen sein. Den ganzen Tag über war schon geknurr worden, es sei zu wenig Geld für solche diffizile Arbeiten, da könne sich überhaupt mancher „die Finger in Del braten lassen“, bevor er solche Arbeiten hinbrächte usw. Keiner aber wagte es, den alten Bumbes um Zulage anzusprechen.

Dieses muß an einem Montag gewesen sein, wenn auch nicht ge- blaut wurde. Denn Montags gingen die Schützen zum Scheibenschießen, was der Bumbes als aktives Mitglied so leicht nicht ver- saumte. So kam er denn diesen Nachmittag in nagelneuer Schützen- uniform, um noch einmal nach dem Rechten zu sehen, auf den Werkplatz. Da hörte er aus der Werkstatt das Pröbeln wegen der Balkonträger. In die Werkstatt tretend, fragte er in seiner kurzen barocken Weise, was eigentlich los sei. Einer, den „Jeleep“ (Philipp) nannten sie ihn wegen seiner langsamen, breiten Sprech- weise, nahm sich das Herz, mit Meister Bumbes wegen der Balkon- träger anzubandeln. Jeleep brachte durch seine sich gleichbleibenden ruhig-breiten Bemerkungen den Alten in Wut, ließ sich dadurch aber nicht einschüchtern. „Zieht mich ganz aus, da halt du meinen Rod noch dazu!“ schrie auf einmal der Bumbes, zog seinen neuen Schützenrod aus und warf ihn dem Jeleep auf dessen Werkstück. Dann ließ er hembärmelig weg. Der Jeleep nimmt den Rod, be- trachtet ihn ruhig, lächelt bedeutsam und hängt dann den Rod an der Rückwand der Werkstatt so hoch auf, daß man ihn vom Boden nicht ohne weiteres erreichen kann. Jetzt hast du was ange stellt, meinen die Kollegen, jetzt bekommen wir erst recht nichts zugelegt. Der Jeleep aber lachte listig dazu, deutete auf den Rod und meinte oratelhaft, er hätte seine Zulage schon. Verständnislos sahen ihn die Kollegen an.

Der alte Bumbes hatte seinen Zorn irgendwie bald ausgetobt, kam zum Jeleep und wollte seinen Rod haben. „Den Rod?“ meinte Jeleep verwundert, „der ist doch mein, den habt Ihr mir doch als Zulage gegeben. Das können die Kollegen beweisen.“ Erst war der Alte sprachlos, dann schimpfte er, ließ aber dem Jeleep den Rod. Getan war getan und gesagt gesagt, das mußte der Bumbes zu gut. Darin blieb er sich treu. Der Jeleep aber ließ vom Schneider den Rod passend für sich ändern und trug seine „Zulage“ stolz als Sonntagsrod.

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,  
Widersteh nicht mit hitzigem Blut,  
Schweig und schaffe was schön und gut,  
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

# Aus dem Verband für den Verband

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Der große Mann geht seine Zeit voraus,  
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,  
Der Schlauchkopf beutet sie gehörig aus,  
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

## Frage und Antwort

Kollege, mich beschäftigt alle Tage  
nur die Frage:  
Gehört deine Hand  
noch fest dem Verband?  
Oder denkst du bereits so  
wie die Wähler der R.G.D.?  
Ueberlege:  
Die Moskowiter gehen andere Wege.  
Was wir in langem Ringen geschaffen,  
wollen sie plötzlich an sich raffen.  
Moskau befiehlt.  
Darum steh zu, daß ein Phrasenredner nicht stiehlt,  
was du in Not und Entbehrung errungen,  
was du jahrzehntelang vom Gegner erzwungen.  
Und wenn sie kommen und rufen: Hallo,  
Hilfe bringe allein unsere R.G.D.!  
Dann, Kollege, nimm den Verband  
fest in die Hand!  
Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft kann dich lehren,  
ob du jemals kannst den Verband entbehren.  
Und laßt sie weiter, die Phrasenpeft,  
Kollege, bleibe fest!  
Und schwöre aufs neue  
deinem altbewährten Verbände die Treue.

A. N.

## Niederlage

### für die Hamburger Straßenbauunternehmer

Mehrere Hamburger Unternehmer haben für den Landesverband  
Eutin Chausseebauten ausgeführt und hierbei die ihnen vom  
Arbeitsamt überwiesenen Arbeiter im Frühjahr 1929 eine Zeitlang  
beschäftigt. Diese Beschäftigung hat darin bestanden, daß sie den  
für den Chausseebau erforderlichen Beschäftigungsschotter geschlagen  
haben. Die Arbeiter, Mitglieder des Zentralverbandes der Stein-  
arbeiter, erhielten einen Akkordlohn von 7,30 Mark für den Kubik-  
meter Schotter. Sie beanpruchten aber auf Grund des allgemein-  
verbindlichen Reichstarifvertrags für das deutsche Steinseh-,  
Straßenbau- und Pflasterergewerbe vom 4. Januar 1927 und der  
zugehörigen bezirkslichen und unterbezirkslichen Regelungen einen  
Akkordlohn von 8,80 Mark. Auf Zahlung der Differenz erhoben un-  
sere Kollegen Klage. Die beklagten Straßenbau-Unternehmer haben  
sich jedoch darauf berufen, daß die allgemeinverbindlichen Tarif-  
bestimmungen des Bauergewerbes maßgebend seien.

In dem Rechtsstreit, den die Kläger und ihre Organisation gegen  
die Unternehmer führten, handelte es sich darum, ob die Kläger  
unter die Tarifbestimmungen des Straßenbaugewerbes auch unter  
jene des Baugewerbes fallen und wie gegebenenfalls die Tarif-  
konkurrenz auf Grund des Paragraphen 2 Abs. 2 der Tarifvertrags-  
ordnung zu lösen war.

Das Arbeitsgericht hatte die Kläger abgewiesen. Gegen  
dieses Urteil legten die Kläger Berufung ein und beantragten eine  
Entscheidung zu ihren Gunsten. Das Landesarbeitsgericht  
in Hamburg verurteilte die Unternehmer nach Klageantrag.  
Es entschied, daß der Straßenbautarif als der fach-  
lich engere dem Baugewerbetarif vorzugehen habe.

Gegen dieses Urteil richtet sich die Revision der vereinigten  
Unternehmer vor dem Reichsarbeitsgericht. Sie beantragten Auf-  
hebung des vorinstanzlichen Urteils und Abweisung der Kläger.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision am  
6. Januar 1932 als völlig unbegründet zurück.  
Auch haben die Beklagten die nicht unerheblichen Kosten des Rechts-  
streits zu tragen. Da die Kläger im Straßenbau beschäftigt wur-  
den, so hätten sie auch Anspruch auf Lohn nach dem Straßenbau-  
tarif. (RAG. 152/1931.)

Für die Unternehmer kommt eine erhebliche Nachzahlung in  
Frage. Der erfreuliche Ausgang dieses langwierigen Prozesses für  
unsere Kollegen ist ein Erfolg unseres Verbandes.

## Auszüge aus den Geschäftsberichten zweier Aktien- gesellschaften der Steinindustrie

Sowohl die Gegenüberstellung der zur Besprechung gelangenden  
Berichte, wie auch das Studium jedes einzelnen, läßt die Unzuläng-  
lichkeit der gesetzlichen Vorschriften über die Veröffentlichung der  
Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften erkennen. Nur mit  
großer Mühe vermag sich der Uebrigeweihte ein Bild von den  
finanziellen Vorgängen zu machen, wodurch Vermutungen und  
Schlußfolgerungen aller Art einen weiten Spielraum erhalten.  
Noch nicht einmal über die vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus  
gesehenen wichtigsten Gebiete erhält man Aufschluß, und nur durch  
gelegentliche Angaben lassen sich weitere Schlüsse ziehen. So gibt  
z. B. der Bericht der Basalt- u. G. Linz a. Rh. (BAG.) für das  
Jahr 1928 die Lohnsumme an, während sie für die beiden fol-  
genden Jahre an Hand der geleisteten Arbeitsstunden von uns  
errechnet und eingetragt wurde. Die Rhein-Weiß. Kalkwerke  
(R.W.K.) gaben die Lohnsummen überhaupt nicht an, und Gehälter,  
Handlungsunkosten, Gewinnanteile und Steuern warfen sie in einen  
Topf, so daß es z. B. unmöglich ist zu prüfen, in welchem Verhält-  
nis die Steuern zu den übrigen Ausgaben stehen. Der Bericht für  
das Jahr 1927/28 der R.W.K. befaßt, daß Steuern und soziale  
Lasten 1.535.070 Mark = 10 Prozent des Aktienkapitals erfor-  
derten, während wohl anzunehmen ist, daß diese in den darauf fol-  
genden Jahren in dem gleichen Maße zurückgingen wie bei der  
BAG. Leider lassen die R.W.K. auch Angaben über die Zahl der  
beschäftigten Arbeiter und der geleisteten Arbeitsstunden vermissen,  
so daß auch das Ergebnis der Rationalisierung nicht erkennbar ist.  
Doch geben wir den Lesern zunächst die Auszüge aus den Geschäfts-  
berichten der beiden Gesellschaften nebst kurzen Anmerkungen be-  
kannt. Die Berichte für 1931 sind noch nicht erschienen.

### Basalt- u. G., Linz a. Rh.

Aktienkapital 24 Millionen Mark.		Verband in Tonnen		Arbeiterzahl		Arbeitsstunden	
1928	2 015 000	4040	8 795 975				
1929	1 753 000	3232	6 800 000				
1930	1 686 000	2605	5 800 000				
Rückgang von 1930 zu 1928	16,3 Proz.	35,5 Proz.	34,1 Proz.				
	Lohnsumme	Soziallasten	Steuern				
	Mark	Mark	Mark				
1928	8 460 000	720 000	530 000				
1929	6 528 000	578 000	376 000				
1930	5 568 000	527 000	286 000				
Rückgang von 1930 zu 1928	34,2 Proz.	26,8 Proz.	46,0 Proz.				

Soziallasten und Steuern machten im Jahre 1930 nur 3,4 Prozent  
des Stammkapitals aus.

	Bruttogewinn	Geschäftsunkosten
1928	3 965 862	651 138
1929	3 844 081	616 438
1930	3 732 412	840 250
	Abreibungen	Reingewinn
1928	1 158 234	25 437
1929	1 204 089	26 639
1930	3 207 749	27 968

Während der Bruttogewinn der BAG. 1930 um 5,9 Prozent  
niedriger liegt als 1928, sind die Geschäftsunkosten 1930 um  
36,3 Prozent höher als im Vorjahre, was im Geschäftsbericht mit  
„besonderen Entschädigungen“ (wahrscheinlich an die abgehaltene  
Direktoren) begründet wird. So minimal die Abreibungen für  
1928 und 1929 sind, so erheblich sind sie für 1930 (13,4 Prozent des  
Stammkapitals). Dagegen muß der Reingewinn, wenn auch von  
Jahr zu Jahr steigend, als sehr gering bezeichnet werden. Divi-  
dende ist in allen 3 Jahren nicht gezahlt worden.

### Rhein-Weiß. Kalkwerke u. G.

Aktienkapital 15 Millionen Mark.		Verband in Tonnen	
	Kohlfalk	Gebrannter Kalk	
1927/28	985 000	884 000	
1928/29	951 000	837 000	
1929/30	1 004 000	814 000	
1930/31	628 000	586 000	
Rückgang von 1930/31 zu 1927/28	36,3 Proz.	33,7 Proz.	
	Bruttogewinn und Ertrag aus Beteiligungen	Gehälter, Handlungs- unkosten, Gewinnanteile	Steuern
1927/28	3 999 470	1 798 517	
1928/29	4 517 627	1 709 911	
1929/30	4 118 707	1 572 796	
1930/31	3 112 291	1 339 202	
Rückgang von 1930/31 gegenüber d. Höchststand	31,1 Proz.	25,6 Proz.	
	Abreibungen	Reingewinn einschl. Gewinnvortrag	Dividende
1927/28	1 127 534	1 534 855	8 Proz.
1928/29	1 407 383	1 540 438	8 Proz.
1929/30	1 289 231	1 396 127	7 Proz.
1930/31	1 623 419	358 924	—

Beim Vergleich der Gesamtergebnisse dieser beiden Gesellschaften  
fällt auf, daß die BAG. auch in den Jahren flatteren Geschäfts-  
ganges keine Dividende zur Verteilung brachte, während die R.W.K.  
erst im Kriegsjahr 1930/31 von der „Ausfütterung“ einer solchen  
Abstand nehmen mußte. Der Grund für das „Versagen“ der BAG.  
liegt in der Fehlleitung ihrer Kapitalien, die durch einen uner-  
wartlichen Ausbehnungsdrang hervorgerufen wurde.

Daß nicht alle Pflasterstein- und Schotterunternehmen, sowie an-  
dere Unternehmen der weitverzweigten Steinindustrie in der glei-  
chen Zeitpanne so schlecht abschnitten wie die BAG., darüber später.  
E. W.

## Straßenbau und Arbeitslosenproblem

Die Literatur über Straße und Straßenbau ist nach dem Kriege  
außerordentlich bereichert worden. Die gewaltige Entwicklung des  
Kraftwagenverkehrs, die Straße und Straßenbau im Vergleich zu  
den Vorkriegsjahren ein völlig verändertes Gesicht gegeben hat, ist die  
Triebsfeder dieser literarischen Produktion. Diese literarische Ueber-  
fülle, die alle den Straßenbau und die Straße angehenden tech-  
nischen, wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen, bevölkerungs-  
und verkehrspolitischen Probleme behandelt, brachte auch viele Un-  
berufene zur Geltung, die ohne nähere Kenntnis der Dinge,  
besonders in den Tageszeitungen, in ungenügender und auch oft  
lächerlicher Art diese Probleme behandelten. Infolge des weiten  
Interesses der Öffentlichkeit an allen Fragen des Straßenbaues  
und der Straße in der Nachkriegszeit war es unvermeidlich, daß  
sogenannte Vielschreiber sich dieses dankbare Gebiet eroberten.  
Mancher solcher Wald- und Wiesenartitel in dieser Zeit in der  
Tagespresse gibt davon Zeugnis. Die wertvollsten und richtung-  
gebenden Feststellungen der Straßenbauwissenschaft waren dagegen  
nur auf eine verhältnismäßig geringe Zahl von Fachblättern an-  
gewiesen. Gutes und Bleibendes hat diese Straßenbauliteratur  
erreicht, das sei anerkannt. Um so mehr ist es zu bedauern, wenn  
solche durch Unkenntnis der Verhältnisse sich auszeichnende Straßen-  
bauartitel auch in der erst zu nehmenden Presse erscheinen.

Unter obiger Ueberschrift ist in Nr. 24/1931 der Halbmonats-  
schrift „Die Gemeinde“ ein solcher Artikel erschienen. Es  
wird in ihm die landläufige Feststellung untertrieben, daß der  
Straßenbau von großer arbeitsmarktpolitischer Bedeutung ist und  
dabei auf die Ansprüche einiger Straßenbauaufschleute hingewiesen,  
verbrämt wird dann das Ganze mit Hinweisen auf die Straßen-  
bauverhältnisse Rußlands, der Tschechoslowakei und Frankreichs, mit  
der mangelnden Zentralisation der deutschen Straßenbauverwal-  
tungen, mit der Gewinnung einheimischer Wegebaustoffe und mit  
der Möglichkeit der Finanzierung des deutschen Straßenbaues, die  
der Schreiber des Artikels irrtümlicherweise schon durch eine große  
Auslandleihe als gesichert anspricht. Der Kernpunkt des ganzen  
Artikels aber ist ein ganz struppeliger Angriff auf die Höhe der  
Straßenbauarbeiterlöhne, von denen der Verfasser aber nicht die  
geringste Ahnung hat. Das ist das einzige, was er zu dem Thema  
„Straßenbau und Arbeitslosenproblem“ aus eigenem zu sagen hat,  
alles andere sind Nachbetereien. Es heißt in dem Artikel:

„Ein weiteres schweres Hindernis für die ausgedehnte Ver-  
wendung von Arbeitslosen im deutschen Straßenbau sind die viel  
zu hohen Löhne. Wenn, wie oben erwähnt, Baurat Dr. Kiepert,  
in der diesjährigen Tagung der Stupa angab, daß rund zwei  
Drittel der Aufwendungen für den Straßenbau auf Löhne und  
Gehälter und nur ein Drittel auf die Werkstoffe entfallen, so  
muß unbedingt von einem trassen Mißverhältnis gesprochen  
werden, und es muß kategorisch heißen: Herunter mit den  
Löhnen! Die Straßenbauarbeiten sind, das darf nicht vergessen  
werden, wichtige Arbeiten im Interesse des Allgemeinwohls,  
und deshalb kann auch von der Seite der Arbeitslosen das ge-  
ringfügige Opfer verringerten und für die Wegebaupflichtigen  
tragbaren Lohnes gefordert werden. Die letzte Entwicklung hat  
mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß in aller Kürze die  
enormen Kosten für die Erwerbslosenfürsorge nicht mehr auf-  
gebracht werden können, und daß es höchste Zeit ist, die Arbeits-  
losen wieder an Arbeit, an produktive Arbeit zu gewöhnen.“

Wenn man der Deffentlichkeit etwas zu sagen hat, so ist es erste  
Pflicht, daß man auch selbst das Behandelte kennt. Ueber die Lohn-  
höhe der am Straßenbau interessierten Arbeiter hat der Verfasser  
des Artikels nicht die geringste Ahnung. Denn sonst könnte er nicht  
eine solche geradezu halbbrecherische Methode anwenden, um zu der  
Feststellung zu gelangen, daß die Löhne der Straßenbauarbeiter  
„viel zu hoch“ sind. Der Verfasser wiederholt unrichtiges und stellt  
dann einfach fest: die Löhne des Straßenbaues verschlingen zwei  
Drittel und die Baustoffe ein Drittel der Kosten eines Straßen-

baues. Vor allem sei dem Verfasser entgegengehalten, daß diese  
Drittelerklärung nicht stimmt. Weder beim Bau von Chausseen, von  
Aphalt-, Teer- und Betonstraßen trifft es zu, daß der Lohnanteil  
zwei Drittel der Baukosten beträgt. Nur beim Bau von Stein-  
pflasterstraßen lassen wir dies einigermaßen gelten, aber nur mit  
der Hinzufügung, daß der Lohnanteil bei der Gewinnung und Be-  
arbeitung der Pflastersteine und bei deren Einbau auf der Baustelle  
insgesamt noch nicht zwei Drittel der Baukosten erreicht. Also die  
Herstellung des Werkstoffes und der Einbau in die Straße betragen  
beim Steinpflaster erst 60 Prozent. Hätte sich der Verfasser dieses  
Artikels nur einigermaßen bemüht, in die Dinge einzudringen, so  
hätte er zu dem Schluß kommen müssen, daß gerade der Stein-  
pflasterbau und die Gewinnung der Pflastersteine ein Gebiet ist,  
auf dem die Möglichkeit besteht, eine große Zahl von arbeits-  
losen Fach- und Hilfsarbeitern unterzubringen. Denn je größer  
der Lohnanteil an einem Produkte ist, um so mehr ist die Mög-  
lichkeit zur Beschäftigung zahlreicher Arbeiter gegeben. Der Ver-  
fasser aber stellt nur fest, daß darum die Löhne „viel zu hoch“ sind.  
Und so einer schreibt über das Arbeitslosenproblem?

Dann scheint es ihm auch völlig unbekannt zu sein, daß in allen  
Sparten des Straßenbaues, Steinpflaster-, Asphalt-, Teer- und  
Betonstraßen zum Gelingen des Straßenbauvorhabens gut aus-  
gebildete Facharbeiter notwendig sind. Die Feststellungen der  
Straßenbauwissenschaft, daß zum modernen Straßenbau infolge der  
gewissenhaften und diffizilen Arbeiten diese Facharbeiter die  
Voraussetzung des baulichen Erfolges sind, sind dem Verfasser  
höhmische Dörzer. Er betrachtete den Straßenbau aus der Per-  
spektive des Schaufelstieles. Diese Zeiten sind vorbei. Aber auch  
von den tatsächlichen Löhnen der am Straßenbau interessierten  
Arbeiter hat dieser Schreiber keine Ahnung. Wir lassen nachstehend  
die Löhne der Arbeiter der Wegebaustoffindustrie und des Stein-  
sehgewerbes einiger wichtigen deutschen Gebiete folgen, aus denen  
sich die Unförmigkeit der Behauptung ergibt, daß diese Löhne zu  
hoch seien, daß sie schuld daran sind, daß das Straßenbaugewerbe  
keine Arbeitslosen aufnimmt. Nachstehende Tabellen geben Auskunft:

Pflasterstein- und Schotterindustrie, Stundenlöhne.			
Bezirk	Pflastersteinmacher Mark	Brecher Mark	Hilfsarbeiter Mark
Schlesien	0,65—0,67	0,65—0,67	0,57—0,58
Sachsen	0,77—0,93	0,77—0,93	0,66—0,76
Bayern	0,54—0,72	0,54—0,72	0,44—0,62
Oberhessen	0,68—0,73	0,68—0,73	0,63—0,68
Rheinland	0,66—0,90	0,66—0,90	0,62—0,73

Steinsehgewerbe, Stundenlöhne.				
Bezirk	Steinseher Mark	Kammer Mark	Steinsehhilfsarb. Mark	Erdarbeiter Mark
Ostpreußen	1,30—1,37	0,87—0,99	0,70—0,80	0,56—0,74
Brandenburg	1,25—1,63	1,07—1,48	0,70—1,00	0,70—0,93
Mitteldeutschland	1,31	1,17	0,97	0,62—0,89
Sachsen	1,27—1,50	1,06—1,34	0,80—1,04	0,74—0,99
Bayern	1,20—1,55	—	0,95—1,03	0,58—1,03
Rheinland	1,22—1,39	1,12—1,29	—	0,58—0,80
Nordwestdeutschland	1,08—1,59	0,99—1,43	0,93—1,11	0,62—1,00

Das sind die „hohen Löhne“ der Straßenbauarbeiter vom  
Jahre 1931, die noch nicht durch die Notverordnung der Reichs-  
regierung vom 8. Dezember 1931 gesenkt worden sind, und es sind  
Löhne für Vollarbeiter über 21 Jahre. Und diese Löhne sollen ein  
Hindernis für die vermehrte Zuführung von Arbeitslosen in das  
Straßenbaugewerbe sein? Die Löhne der Facharbeiter des Stein-  
-, Asphalt-, Teer- und Betonstraßenbaues stehen in den Löhnen der  
gelernten Arbeiter anderer Industrien im gleichen Verhältnis. Die  
Löhne der ungelerten Arbeiter verbürgen ein Jahresinkommen,  
das die Grenze des Existenzminimums berührt oder sogar noch un-  
terschreitet. Die schwere Arbeit eines Hilfsarbeiters in der Pflaster-  
steinindustrie des bayerischen Waldes wird mit einem Lohne von  
vierundvierzig Pfennig pro Stunde bezahlt, damit kann dieser  
Arbeiter, wenn er auch eine gefärdete jährliche Arbeit von  
52 Wochen hat, noch nicht einmal das steuerfreie Existenzminimum  
von 1200 Mark erreichen. Dieses scheint allerdings dem Ver-  
fasser des kritisierten Artikels das Ziel zu sein, und wenn alle  
Arbeiter auf diesem Hungerniveau in der Lohnhöhe angelangt sind,  
dann erst wird für ihn das Arbeitslosenproblem im Straßenbau-  
gewerbe gelöst sein.  
Lk.

### München. Am 20. Dezember Generalversammlung. Tagesordnung:

1. Berlesen der Einläufe, 2. Protokollbericht, 3. Kasienbericht und  
Bericht der Revisoren, 4. Vorstandsbericht, 5. Diskussions, 6. Neu-  
wahl, 7. Verschiedenes. Kollege Dietl eröffnete die Versammlung  
mit Ehrung der im Jahre 1931 verstorbenen Mitglieder und ver-  
liest sodann einige Eingänge. Hierauf gab der Schriftführer das  
letzte Protokoll bekannt. Anschließend berichtete der Kassierer, Kol-  
lege K e b a u e r. Eine Mehrausgabe von 480,21 Mark ergab der  
Kassienbericht. Auch wurde der Bestand der Wohlfahrtskasse bekannt-  
gegeben, ebenso von der Sterbefasse. Die beiden Revisoren be-  
stätigten die Richtigkeit. Im Vorstandsbericht erklärte Kollege  
Dietl, daß das vergangene Jahr als das schlechteste seit Gedenken  
zu verzeichnen ist, schon durch den Mangel an Staatsaufträgen;  
auch die harten Lohnkämpfe haben viel mit beigetragen, ebenso  
die Zerplitterung der Organisation unter den Mitgliedern. Dann  
sprach Dietl über die Notverordnung und die jetzt stattfindenden  
Lohnverhandlungen; am 19. Dezember fand die erste statt. Zum  
Schluß richtete er noch ernsthafte Worte an die verbandstreuen  
Mitglieder, den Verbandserföhrern mit größter Energie entgegen-  
zutreten. In der Diskussion wurde verschiedenes besprochen, z. B.  
von der Sterbefasse und die Bilder bei der Waiseifer. Den größten  
Eindruck machte unser örtliches Defizit. Der gesamte Zahlstelen-  
vorstand beantragte: Das aus der Wohlfahrtskasse geliehene Geld  
zum Ausgleich des Defizits wird zurückgezahlt durch monatliche  
Zahlung von 1 Mark von jedem Mitgliede vom 1. April bis  
30. Oktober, quittiert durch Extramarken. Es wurde so beschlossen.  
Der 1. und 2. Vorsitzende sowie der 1. Schriftführer verzichteten  
auf Wiederwahl. Gewählt wurden Kollege Andreas Wagner  
als 1., Joseph Sigl als 2. Vorsitzender; 1. Kassierer Joseph  
K e b a u e r, Hilfskassierer Ignaz Hermann, zu Schriftführern  
Georg Reichl und Johann Wagner; Kassierer der Sterbefasse  
wurde Georg Reichl. Revisoren: Ludwig Ohmer und Adolf  
Braun. Tarifkommission besteht aus Urban Meißter, Ludwig  
Ohmer, Kammer Lorenz Hiltnier. Gewerkschaftsbelegierter  
wurde Johann Wagner, Inventarverwalter Joseph Men-  
zinger. Unter Verschiedenes wurden einige Dankschreiben betr.  
Weihnachtsbeihilfen von invaliden Kollegen verlesen, des weiteren  
soll der neue Vorstand einige örtliche Statutenabänderungen vor-  
nehmen. Kollege Wagner dankte den Versammlungsteilnehmern  
und erluchte um zahlreichen Versammlungsbesuch im neuen Jahr.

Schweidniz. Am 3. Januar fand im Lokal von Bergmann die  
Jahres-Hauptversammlung der Zahlstelle statt. Nach Erledigung  
der Tagesordnung, die äußerst reichhaltig war, hielt Gauleiter  
Kollege Piefke einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage  
unseres Berufes. Der Referent wies unter anderem darauf hin,  
wie rückwärtslos die Unternehmer vorgehen, wenn es heißt, den  
Lohn abbauen. Die Mitglieder müssen deshalb fest zur Gewer-  
schaft stehen und nicht dem Phanton eines Dritten Reiches oder  
eines deutschen Sowjetstaates nachjagen. Das Referat fand gro-  
ßen Beifall. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der alte  
Vorstand wiedergewählt. Der Vorstand dankte den Mitgliedern  
für ihr Vertrauen und versprach, auch im Jahre 1932 die örtlichen  
Geschäfte des Verbandes nach bestem Wissen und Gewissen zu führen.

# Rundschau

**Neue Postgebühren ab 15. Januar:** Fernbriefe bis 20 Gramm von 15 auf 12 Pfennig, Fernbriefe von 20 bis 250 Gramm von 30 auf 25 Pfennig, über 250 Gramm unverändert. Die Fernpostkarte statt 8 6 Pfennig, die Postkarte mit Antwort statt 16 12 Pfennig. Bei Paketen tritt eine Ermäßigung der Postojäge von 10 bis 20 Prozent ein.

**Ründigung der Basalt-Union.** Wie der Tagespresse entnommen werden konnte, ist diese Verkaufsorganisation der Basaltindustrie im westlichen Deutschland von etwa 45 bis 50 Prozent der Belegschaften gekündigt worden, und zwar per Ende Januar 1932. Die Gründe liegen vor allem in der allgemeinen Unzufriedenheit wegen Verteilung der Aufträge und der hohen Lasten. Baldige Verhandlungen sind angelehrt. Man nimmt aber nicht an, daß die Union aufliegen wird.

**Die Eiserner Front.** Keiner sollte sich darüber im Zweifel sein: die Lage Deutschlands steht auf des Messers Schneide. Der anstürmende Herrschaft der Nationalsozialisten drängt ungestüm zur Macht. Sie wollen die einzigartige Chance der Wirtschaftskrise ausnützen, um ans Ruder zu kommen und mit den Machtmitteln des Staates ihre Herrschaft zu stabilisieren. In Erkenntnis dessen haben sich die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften, das Reichsbanner, der Arbeiter-Turn- und Sportbund zu einer eisernen Front zusammengeschlossen. Die Neujahrsausgabe des „Vorwärts“ bringt Rundgebungen maßgebender Führer, die den eisernen Willen zur Einheitsfront erkennen lassen. So schreibt der Vorsitzende der deutschen Gewerkschaften, Theodor Leipart:

„Wir wissen, daß im faschistisch regierten Staatswesen für Gewerkschaften als unabhängige Vertretungen von Arbeitnehmerinteressen kein Platz bleibt. Kampf gegen den Faschismus ist darum für die Gewerkschaften ein notwendiger Akt der Selbstbehauptung. Jeder Arbeitnehmer muß sich eine Vorstellung davon machen, was eine Unterdrückung der Arbeiterorganisationen und ein Verschwinden der gewerkschaftlichen Errungenschaften bedeuten würde. Es liegt den Gewerkschaften nicht, große Worte zu machen. Ruhige Abschätzung der gegnerischen Kräfte und der eigenen dünkt ihnen wichtiger. Ueberreife Kraftproben zu veranstalten, ist nicht ihre Sache. Wo es aber um eine große geschichtliche Entscheidung geht, werden sie nicht zögern, ihren ganzen Machtapparat mit fester Entschlossenheit bis zum letzten einzusetzen.“

Der Führer der SPD, Otto Weis, läßt sich folgendermaßen vernehmen:

„Zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus fällt im Jahre 1932 die Entscheidung. Siegt der Nationalsozialismus, so wird die deutsche Arbeiterbewegung mit einem Schlag bis weit hinter die Kaiserzeit zurückgeworfen. Ungeheure Opfer werden dann nötig sein, um die Positionen zurückzuerobieren, die wir heute halten. Siegt der Nationalsozialismus im kommenden Jahr nicht, dann hat die kapitalistische Reaktion ihre letzte politische Karte ausgespielt und das Spiel verloren. Dann steht die Arbeiterbewegung vor einem neuen gewaltigen Aufschwung. Aufgaben von ungeheurer Bedeutung werden an die Partei herangetragen. Hauptfeind der Arbeiterklasse ist, wer jetzt den Bruderkampf schürt. Diese Zeit duldet keine Zerplitterung! Sie fordert eisernen Zusammenhalt! Nur, wo die Front gegen den Faschismus steht, wehen in Wahrheit die Fahnen des Sozialismus.“

Auch das Reichsbanner reißt sich in die Eiserner Front ein, wie der Führer desselben, Karl Höllermann bestätigt:

„Was wir wollen, ist die Sicherung der staatlichen Grundlage für ein freilebendes, schwer kämpfendes Volk, dessen arbeitende Massen das Elend der Krise manhaft getragen haben, ohne sich dem politischen Wahnsinn in die Arme zu werfen, wie große Teile des Bürgertums! ... Unsere Front steht! Wir reihen uns ein in die Eiserner Front! Wir sind der Hort der Freiheit in Deutschland!“

Schließlich gibt der Arbeiter-Turn- und Sportbund durch Fritz Widung die Erklärung ab, daß auch die Sportskameraden treu zur Fahne stehen. — Solche Worte sprechen für sich selbst. Diese Front der Bestätigten wird das Schicksal Deutschlands mehr oder weniger entscheiden. Gelingt es den Anführern des faschistischen Heerhaufens abzuschlagen, so ist nach dieser Wirtschaftskatastrophe die Möglichkeit gegeben, aus dieser bürgerlichen eine soziale Republik zu machen. Andernfalls wird die deutsche Arbeiterklasse um Jahrzehnte zurückgeworfen. Die Eiserner Front ist jedenfalls vorhanden. Die Entscheidung und Verantwortung liegt nun bei jedem Einzelnen.

**Statistik der Verkehrsmittel.** Deutschland besitzt ein Gesamtstraßennetz von 210 000 Kilometer, wovon etwa 180 000 Kilometer auf Staats-, Provinzial- und Kreisstraßen entfallen. Nach der Verkehrszählung im Jahre 1929 hatte sich der Verkehr auf den Straßen gegenüber 1925 etwa verdoppelt. Die vermehrte Beanspruchung macht erhöhten Kostenaufwand für Unterhaltung notwendig. Ein Gesamtumbau für die Bedürfnisse des Kraftverkehrs würde eine Summe von fünf Milliarden Reichsmark erfordern. Zum Vergleich seien die Zahlenangaben über die übrigen Verkehrswege Deutschlands angefügt. Die Reichsbahn stellt mit ihren 53 800 Kilometern das größte zusammenhängende Streckennetz der Welt unter einer Verwaltung dar. Das Netz der Privatbahnen umfaßt in Deutschland etwa 4900 Kilometer. Privat-eisenbahnen, 9000 Kilometer Kleinbahnen und 6100 Kilometer Straßenbahnen. Das Wasserstraßennetz umfaßt 13 000 Kilometer natürliche und künstliche Wasserstraßen. 1929 wurden 10 785 Kilometer befahren. Träger des eigentlichen Schiffsverkehrs sind nur etwa 4000 Kilometer.

**Nationalsozialismus = Faschismus.** Die Nationalsozialisten pflegen immer wieder zu betonen, daß ihre Partei die gleichen Ziele verfolgt wie der italienische Faschismus. Wie wenig sie dazu berechtigt sind, lehrt die Tatsache, daß Adolf Hitler der im nationalsozialistischen Zentralpartei-Verlag erschienenen Uebersetzung des Buches „Die Revolution des Faschismus“ von Vincenzo Meletti persönlich ein Vorwort geschrieben hat, in dem es heißt:

„Dieses Buch enthält mehr als ein gewöhnliches Buch: Es enthält die Staatsidee der Zukunft, aufgezeigt an ihrer italienischen Verwirklichung.“

Das Buch wurde ins Deutsche überetzt, weil in Deutschland — völlig unabhängig von Italien — die in den Grundzügen gleiche Staatsidee unter dem Namen Nationalsozialismus entstand und im Begriffe ist, gegen die verwestlichte Widerstand leistenden Vertreter überlebter Staatsinstitute sich durchzusetzen. Die innere Verwandtschaft der italienischen und der deutschen Prägung der neuen Staatsidee kann nicht bestritten werden. Man muß sich allerdings vor Augen halten, daß im vorliegenden Buch gemäß italienischem Sprachgebrauch das Wort „Sozialismus“ an Stelle des Begriffes „Marxismus“ steht. Tatsächlich ist der Faschismus nicht, wie es einem uneingeweihten oder oberflächlichen Leser scheinen könnte, antisozialistisch. Er ist im Gegenteil sozialistisch im höchsten Maße, wenn man Sozialismus im besten Sinne nimmt, gemäß seiner Auslegung durch den Nationalsozialismus in Deutschland.

**Von der Abonnentenversicherung.** Die Bevölkerung wird von den Versicherungszeitungsverlegern mit Flugblättern überschwenmt, die die „Vorzüge“ der Abonnentenversicherung preisen und an auffälliger Stelle in übergroßen Letztern auch die ausgegahlten Versicherungsleistungen enthalten. Im Jahre 1931 hat man der Bekämpfung der Volksfürsorge, des Versicherungsunternehmens der Arbeiterschaft, ein besonderes aber sehr schabiges Flugblatt gewidmet, in dem die Leistungen einiger Versicherungszeitungsverleger denen der Volksfürsorge gegenübergestellt werden. Darauf einzugehen, verlohnt sich nicht, da jedem denkenden Menschen der Widerspruch einer solchen Gegenüberstellung sofort klar wird.

Will man eine Gegenüberstellung vornehmen, um daran die Leistungen der Abonnentenversicherung und der regulären Lebensversicherungsunternehmen kennen zu lernen, dann braucht man nur zu der amtlichen Versicherungsstatistik des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung zu greifen. Daraus ist ersichtlich, daß die gesamte Abonnentenversicherung für Versicherungs-

leistungen 1930 rund 25 Millionen Mark verausgabt hat, während die Lebens- und Unfallversicherungsunternehmen insgesamt 186,9 Millionen Mark im gleichen Zeitraum ihren Versicherten für Versicherungsleistungen auszahlten. Jeder wird nun wissen, was von den bombastischen Zahlen der Abonnentenversicherung zu halten ist.

Wahre Zahlenjongleure sind die Versicherungszeitungsverleger auch, wenn sie in ihren Publikationen die Summen angeben, die in einem bestimmten Versicherungsfall ausgezahlt werden könnten. Auch von diesen Ankündigungen ist nicht viel zu halten, was auch vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung festgestellt wurde. Es heißt in einem Rundschreiben dieser Behörde:

Nach unjeren Wahrnehmungen ist es vielfach üblich geworden, daß Verleger oder Verleiher, die in der Abonnentenunfallversicherung auch eine Zusatzversicherung für Passagier- und Sportunfälle bieten, in Werbendruckfachen und Ankündigungen diese Summe als Höchstversicherungssumme nennen, ohne daß gleichzeitig zu ersehen ist, daß Fälle, um die es sich hier handelt, z. B. gleichzeitig tödlicher Passagierunfall eines Ehepaares, nur sehr selten vorkommen werden, während im regelmäßigen Verlauf der Dinge nur ganz erheblich niedrigere Entschädigungsbeträge gezahlt werden.

Die Aufsichtsbehörde sah sich zur Wahrung der Interessen der Versicherten veranlaßt, anzuordnen, daß bei den Werbendruckfachen der Abonnentenversicherung die auffällige Hervorhebung einzelner besonders hoher Leistungen durch Druck oder auf andere Weise nicht mehr gestattet werden kann.

**Die Jodtinktur in der ersten Hilfe.** Die Berufsgenossenschaften, die bekanntlich für die Unfallverhütung und die ersten Hilfsmaßnahmen in den gewerblichen und Fabrikbetrieben zu sorgen haben, schreiben für jeden Betrieb einen Verbandskasten vor. Den Laien wird es nun auf den ersten Blick in Erstaunen versetzen, daß für diesen Verbandskasten die allgemein bekannte Jodtinktur nicht zugelassen ist. Dagegen sind die modernen Verbandspäckchen heute meist mit einer kleinen Ampulle versehen, in der sich Jodtinktur

## Invaliden- und Angestellten-Wartezeiten geändert!

Die Leistungen aus der Reichs-Invaliden- und auch der Angestelltenversicherung kommen bekanntlich erst in Frage, wenn von dem Versicherten eine Mindestzahl von Marken geleistet worden sind. Diese Mindestzahl ist nun durch die 4. Notverordnung höher gesetzt worden.

Bei der Invalidenversicherung standen dem Versicherten die Leistungen zu, wenn er mindestens 200 Beiträge, darunter mindestens 100 Beiträge auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung geleistet hatte. Jetzt sind 250 Beitragswochen nötig, wenn Leistungen in Frage kommen sollen. Sämtliche 250 Beiträge müssen jetzt Pflichtbeiträge sein. Sind weniger Pflichtbeiträge geleistet, werden Gegenleistungen erst gewährt, wenn 500 Beitragswochen bestätigt sind. Bei ständiger versicherungspflichtiger Arbeit hatte man vormals bereits in 4 Jahren die Wartezeit zurückgelegt, jetzt sind 5 Jahre nötig.

Während man früher bei zweijähriger Beschäftigung und demzufolge zweijähriger regelmäßiger Beitragsentrichtung schon Leistungen beanspruchen konnte, heißt es heute, wenn keine 250 Pflichtbeiträge vorhanden, sind 10 Jahre Beiträge zu entrichten. Hatte man früher keine 100 Pflichtbeiträge, mußten mindestens auch 500 Beiträge vorhanden sein, was ebenfalls einen Zeitraum von 10 Jahren ausmacht, um Gegenleistungen erhalten zu können. Die Verschlechterung liegt in der erhöhten Zahl der jetzt erforderlichen Pflichtbeiträge (250). Es gibt ja zwei Arten von Rente, die Invalidenrente und die Altersrente, die mit der Erreichung des 65. Lebensjahres gewährt wird. Um in den Genuß von Altersrente zu kommen, genügt es nicht allein 65 Jahre alt zu sein, sondern es müssen jetzt 750 Beitragswochen nachgewiesen werden, vormals genügte die Zahl von 200, wenn darunter 100 Pflichtbeiträge waren, sonst 500.

In der Angestelltenversicherung dauert jetzt die Wartezeit 60 Beitragsmonate. Sind weniger Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, so dauert sie 120 Beitragsmonate. Bei dem Altersruhegeld dauert die Wartezeit 180 Beitragsmonate.

Vor der Notverordnung dauerte die Wartezeit auch 60 Beitragsmonate. Waren weniger als 30 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, so betrug die Wartezeit 90 Beitragsmonate. Die Änderung liegt also darin, daß man heute mindestens 60 Pflichtmonate haben muß, andernfalls man erst bei 120 Beitragsmonaten Gegenleistungen beanspruchen kann. Der Zeitraum ist also verlängert worden. Denn vorher bestand nicht die Vorschrift, daß bei Altersruhegeld, ab dem 65. Lebensjahre, 180 Beitragsmonate notwendig waren. Es genügten 60 bzw. 90 Beiträge.

Die angeführten Änderungen in der Wartezeit sind am 1. Januar 1932 in Kraft getreten.

befindet. Diese kann durch Abbrechen der eingekerbten Spitze leicht geöffnet und die Jodtinktur in der üblichen und bekannten Weise zur Desinfektion der Wundumgebung benutzt werden.

Warum ist nun diese Art von Jodtinktur zugelassen, während die „harmlose“ Jodtinktur in Flaschen nicht erlaubt ist? — Es handelt sich bei Jodtinktur bekanntlich um eine Lösung von Jod in Alkohol. Alkohol verdunstet, wie man weiß, schnell und leicht, selbst wenn die Flaschen verhältnismäßig gut geschlossen sind. Wenn nun von einer fünfprozentigen Jodtinkturlösung die Hälfte des Alkohols verdunstet, so ist die Lösung für Desinfektionszwecke viel zu konzentriert und kann Schaden anrichten statt zu nützen. Auch verleiht das Vorhandensein einer Flasche mit Jodtinktur zur Benutzung des Pfropfens zum Bekleimen der Wundränder, und auch aus dieser Ursache ergeben sich leicht Möglichkeiten der Schädigung von Patienten. Durch die Jodtinktur in Ampullen werden aber alle derartigen Gefahren und Mißbräuche von vornherein ausgeschlossen.

**Vorteile und Nachteile des Krümpersystems.** Der Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland wendet sich an die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an die Industrie- und Handelskammern, sowie an die Handwerkskammern seines Bezirks mit der Bitte, das Krümpersystem zur Entlastung des Arbeitsmarktes in Erwägung zu ziehen. Durch eine stetige Auswechslung von Belegschaftsteilen unter Rückgriff auf bereits früher entlassene Betriebsangehörige würde ein ausreichender Facharbeiterstamm erhalten bleiben. Sozialpolitisch gewäre ein solches System einer größeren Anzahl von Personen für eine bestimmte Zeit den so notwendigen Vollverdienst und während der Zeit des Ausweichens eine, wenn auch um die Hälfte geminderte Unterstützung. Für die Praxis und die Durchführung des Krümpersystems werden folgende Hinweise als beachtlich angesehen: „Die Durchführung des Krümpersystems ist nur möglich für Betriebe, die mindestens 20 Personen beschäftigen und für die eine Betriebsvertretung (Arbeiterrat und Betriebsrat) besteht. Die Durchführung bedarf einer vorherigen Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung, nach der in regelmäßigem Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend die Arbeit aussetzt. Dabei soll der Wechsel in der Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitabschnitten erfolgen.“ — Soweit der Leiter des Landesarbeitsamtes Rheinland. Man kann sich mit dem Vorschlag einverstanden erklären, jedoch nicht damit, daß die ausweichenden Arbeiter nur die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung bekommen sollen.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Wie uns mitgeteilt wird, haben einige Zahlstellen schon für 1931 den 53. Wochenbeitrag geleistet und nachdem sie den Trium bemerkt, dafür die 1. Woche 1932 „frei“ gestempelt. Das ist unzulässig! Schon wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß die Beitragswochen immer übereinstimmen mit der Nummer der Verbandszeitung.

Die in den Mitgliedsbüchern für jedes Jahr vorgegebene 53. Woche, ist erst im Jahre 1932 fällig (Schaltjahr). Dort fällt der letzte Jahres-Sonnabend auf den 31. Dezember 1932, folgedessen erscheint auch eine 53. Nummer der Verbandszeitung.

Wo nun irrümlischerweise für 1931 schon die 53. Woche geleistet wurde, findet dadurch ein natürlicher Ausgleich statt, indem für 1932 die 53. Woche nicht geleistet wird, aber ab 1. Woche des neuen Jahres die Beitragsleistung beginnt.

Ferner wird noch darauf hingewiesen, daß für 1932 nur Marken mit dem Aufdruck 1932 Verwendung finden dürfen, allerdings können restierende Beiträge von 1931 mit Marken für 1932 nachgeleistet werden.

Auf Beschwerden aus der Zahlstelle Köln wurde der Steinmetz Hermann Vogl wegen verbandschädigenden Verhaltens aus dem Verbands ausgeschlossen.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

- Berjammlungen:**
- Sonnabend, 16. Januar. In Wuppertal-Eberfeld um 19 Uhr bei Spieder. Die Unterfasserer sollen bis zum 10. Januar 1932 abrechnen. In Caputh um 20 Uhr. Alles zur Stelle! In Charlottenburg um 19.30 Uhr bei Köhlig, Schloßstraße.
  - Sonntag, 17. Januar. In Lavalbau (Zahlstelle Grünberg) um 14 Uhr bei Walter. In Berlin um 10 Uhr, Steiniger und Berufsgenossen, in den Brunnenfälen, Brunnenstraße 115. Mitgliedsbuch legitimiert. In Berlin, Steinhauer um 10 Uhr bei Sorgatz, Uferstraße. In Köpenick (Berlin) um 10 Uhr bei Waldow, Berliner Straße 19. In Potsdam um 10 Uhr im Volkshaus.
  - Sonntag, 24. Januar. In Mainz um 9.30 Uhr im Goldenen Pflug.
  - Sonntag, 31. Januar. Karlsruhe (Bad.). Die für den 17. Januar angeordnete Berjammlung findet umständehalber am 31. Januar im bekannten Lokal statt.

**Schwarzenbach a. Saale.** Die Firma Morgeneier & Schürner hier am Ort mutet den Steinarbeitern zu, 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Dort Streik! Kein Kollege werde zum Streikbrecher.

**Bremen.** Die Unternehmer wollen die jetzige Situation gegen die Steinmetzen besonders für sich ausnützen und beabsichtigen in jedem Betriebe nach Vereinbarung zu zahlen. Das ist unsere Kollegen darauf nicht einlassen können, ist selbstverständlich. Es darf deshalb kein fremder Kollege zureifen, die nicht diese Sachlage endgültig geregelt ist.

**Berlin.** Bei den in Nr. 2 veröffentlichten neuen Stundenlöhnen für „Hilfsarbeiter bei Erdarbeiten“ muß es statt 0,78 Mk., 0,79 Mk. heißen.

**Berlorene Mitgliedsausweise.** In Bentzen Oberschl. das Verbandsbuch Nr. 5014 für Ernst Brzozowski, Kammer. Neumarkt (Schle.). Vertikale Reiseunterstützung kann wegen der zusammengebrochenen örtlichen Kasse und wegen der großen Arbeitslosigkeit nicht mehr geleistet werden.

## Adressenänderungen

- Gau: Fürstentelbe. Vorj: Fritz Siwert, Hüller Str. 99a, Raff.: Gujt. Schabel, Schneidergasse 24. — Goldap. Vorj.: Willi Drener, Blumenstr. 45. — Lutzenwalde. Vorj. u. Raff.: Albert Biebler, Schieferling 4.
- Gau: Breslau I. Raff.: D. Gerlach, Blücherstraße 15.
- Gau: Barby. Raff.: Albert Behrendt, Breitelor 4. — Coswig. Vorj. u. Raff.: Willi Hübel, Stadthufen 2. — Greiz. Raff.: Kurt Knüpfer, Moschwig 39, Post: Untergroßlitz, Greiz-Land.
- Gau: Döbeln. Vorj.: Ludwig Bades.
- Gau: München. Fachgruppenleiter der Steiniger: Andreas Wagner, Mondstraße 12, II.
- Gau: Friedland. Raff.: Richard Golz, Mühlenstraße 7.

## Neue Bücher und Zeitschriften

Unter dem Motto: Deutschland erwache! — Deutschland lache! legt der Dieb-Verlag eine 15-Pfennig-Broschüre Das Selbstporträt Adolf Hitlers! vor, in der Zitate aus der Autobiographie Hitlers „Mein Kampf“ aufgereiht werden. Wenn man diese Vierkant-Schwabradseiten des Herrn Hiesl, weiß man nicht, was da härter wirkt: die unheimliche Komik der geschwollenen Tiraden oder die Bösartigkeit einer verantwortungslosen Demagogie, die sich in irrigen Kriegspantastiken ergiebt! Man fragt sich, wie es möglich ist, daß dem Autoritäre denart grotesken Zeug Millionen Menschen auf den Leim trischen können. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus dürfte das „Selbstporträt Adolf Hitlers“ gute Dienste leisten.

Im Januar-Heft der Monatszeitschrift „Die Bücherliste“ kündigt die Bücherliste 3 Neuerscheinungen für das 1. Quartal 1932 an, und zwar den China-Roman „Schanghai“ von Ahmow, die „Proletariennellen“ von Martin Andersen Nexø und „Gesicht und Liebe“, das bedeutendste Buch von Dr. Max Hübner. Der Roman „Schanghai“ bestimmt Gesicht und Inhalt des vorliegenden Heftes, das einen interessanten Aufschluß von Ahmow über das chinesische Theater enthält, ferner eine Erzählung „Das Chinesengedicht“ von C. Ursat und neben Zeichnungen von Kubin, Fremuth und Chhor japanische Holzschmitten von großer Eindringlichkeit. Die Mitglieder der Bücherliste Gutenberg erhalten die Monatszeitschrift regelmäßig und kostenlos.

„Sozialistische Bildung“ erscheint monatlich mit ihren Beilagen „Büchermarie“ und „Sozialistische Erziehung“. Preis 1,50 Mark für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. S. W. Dieb Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pfg. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

## Geltorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Häselich (Sachsen). Am 26. Dezember 1931 der Pflastersteinmacher Max Förster, 53 Jahre alt, 26 Tage krank, Herzlähmung.
- Übermuthofen. Am 31. Dezember 1931 der Lithographiesteinmetz Michael Zagemeyer, 51 Jahre alt, 1 1/2 Jahre krank, Lungentuberkulose.
- Stettin. Am 3. Januar der Sandsteinmetz Joseph Vichöver, 57 Jahre alt, 3 Jahre lungkrank.

E H R E I H R E M A N D E N K E N

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Strohen, Kirchen, Schiffe und Pyramiden,  
Säulen, Wälder, Krane und Fräsmaschinen.  
All das waren große und kleine Stücke,  
Nach wie vor fällt Stein um Stein jede Lücke.

# Aus Betrieb, Technik, Wirtschaft

## in der Steingewinnung, Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau

Lernen, wissen, tätig werden  
Macht uns mündig, mader, reiner.  
Wieweil Meister sind auf Erden?  
Warum soll ich kein Meister sein!

16. Januar 1932

Beilage Nr. 3

### Die westasiatischen Kulturvölker und ihre Baukunst

In der illustrierten technischen Beilage des „Steinbauers“ vom Monat Oktober 1931 haben wir eine Abhandlung über die „Baukunst und Stil der alten Ägypter“ gebracht, für die eine zwanglose Fortsetzung von anderen alten Kulturvölkern gedacht war, das geschieht nunmehr in folgendem. Der Verfasser dieser Aufsätze ist unser Kollege, der Bildhauer Karl Böckig, Berlin, der aus seinem reichen wissenschaftlichen Verbandskollegen abgibt. Die Redaktion ist sicher, daß auch diese neue Abhandlung, die an dieser Stelle in drei Fortsetzungen erscheint, gern und mit Erfolg gelesen wird.

I.

Mehr noch als die ägyptische, war die Kultur des großen Stromlandes Mesopotamien von bedeutendem Einfluß auf die Zivilisationsgeschichte der Menschheit. Wehlich wie im Niltal war auch dieses große Land zwischen den Strömen Euphrat und Tigris durch Lage und Fruchtbarkeit für eine große Zivilisation besonders geeignet. Dieses Land war von großen Ebenen begrenzt, die, wenn sie auch keine Wälder waren, doch nicht fruchtbar genug waren, um zivilisierte Völker zu erhalten. Hieraus erklärt sich die dauernde Beunruhigung der mesopotamischen Völker und die ständigen Schwankungen in der Geschichte dieser Kulturregion, die durch das Bestreben der Nachbarvölker nach günstigeren Wohnsitzen und Existenzbedingungen unter fortwährenden Ueberfällen, Kriegen und Eroberungen zu leiden hatten. Im südwestlichen Teile Mesopotamiens, dem späteren alten Chaldäa, waren bereits in frühester Zeit der Geschichte, etwa um 6000 v. Chr. die Sumerer anwesend, die als die ersten und ältesten Kulturträger dieses Landes, wenn nicht der ganzen Erde, anzusehen sind. Hochbegabte brünette Menschen, sollen sie ihrer Sprache nach den arischen Völkern verwandt gewesen sein. Sie hatten geschorene Köpfe und trugen einfache, tunikaartige Gewänder. Das Land war arm an Natursteinen, weshalb mit an der Sonne getrockneten Ziegeln gebaut wurde, aus Ton wurden Bildnisse und Töpferwaren hergestellt, auf Tonplatten wurde gezeichnet und geschrieben, Briefe und Bücher bestanden aus Tonplatten, in die mittels eines Griffels die Keilschrift eingeritzt wurde. Aufgefundenen Tonplatten ermöglichen die Entzifferung der sumerischen Sprache. Die Sumerer durchzogen ihr Land mit künstlichen Wassergräben, um seine Fruchtbarkeit zu steigern und Ueberflutungen abzuwehren, sie brachten es im Kanalisationsbau zu großer Meisterschaft.

Turmartige Tempelbauten wurden dem religiösen Kult errichtet, so in Nippur, dem Hauptgott El-Il geweiht, ein großer Ziegelturm, auf den die Legende vom babylonischen Turmbau und die Verwirrung der Sprachen wahrscheinlich zurückzuführen ist, wobei die Möglichkeit besteht, daß der unfertige Turm von den viel später auftretenden Babyloniern weitergebaut wurde. Aber nicht nur rüchtige Kanalbauer waren die Sumerer, sie waren auch fleißige Landbauer und Viehzüchter; an Zuchtieren besaßen sie Rinder, Schafe, Ziegen und Esel. Das sumerische Land teilte sich auf in Gruppen von Stadtsstaaten, die sich bekämpften und besiegten, ihre Krieger trugen Schilde und lange Speere, sie kämpften in geschlossener Front. Jahrtausende erhielten die Sumerer ihre solbatischen Fähigkeiten, sie konnten von keiner fremden Rasse überwältigt werden und waren infolgedessen imstande, im Verlauf dieser langen Zeit ihre hohe Zivilisation zu entwickeln. Eine Inschrift in Nippur erzählt davon, daß das sumerische Reich vom persischen Golf bis zum Roten Meer reichte, das erste aller Reiche, das die Geschichte verzeichnet, wurde von einem Hohenpriester des Gottes der sumerischen Stadt Uruk begründet. Dort erhoben sich die ersten Tempel und lebten die ersten Priesterherrscher der Menschheit. Die Reste dieser ersten großen Kulturregion sind in den Schlammlagen des Euphrat- und Tigrisraumes verstreut. Semitische Nomadenstämme, die Jahrhunderte mit den Sumerern Handel getrieben hatten, vereinten sich unter einem großen Führer Sargon und besiegten die Sumerer um 2500 v. Chr. Sargon dehnte seine Herrschaft aus nach Osten bis über den Persischen Golf, und nach Westen bis zum Mitteländischen Meer, sein Volk waren die Akkader, das neue Reich wurde das sumerisch-akkadische Reich benannt.

Trotzdem aber erhielt sich die alte sumerische Kultur, die eingebundenen Semiten nahmen ihre Sprache an und erlernten ihre Keilschrift. Andere kriegerische Stämme kamen, aus dem Osten die Elamiter, deren Rassezugehörigkeit unbekannt, aus dem Westen die semitischen Amoriter, die zum Stamme (des biblischen Abraham) der späteren Hebräer zählten. Letztere ließen sich am oberen Strom nieder und benannten ihre Hauptstadt Babylon. Ihr König Hammurabi besiegte um 2200 v. Chr. das sumerisch-akkadische Reich, brachte ganz Mesopotamien unter seine Herrschaft und begründete das erste babylonische Reich. Um 2700 v. Chr., lange bevor die Akkader Mesopotamien eroberten, ließ sich am oberen Tigris ein wildkriegerisches Semitenvolk nieder und siedelte sich um eine Anzahl Städte an, so auch um Ninive und Assur. Ein Volk mit eigenartiger Physiognomie, langer gebogener Nase und dicken Lippen, mit großem Bart und langem, geringeltem Haar, sie trugen langes Gewand und hohe Mütze, — das waren die Assyrer.

Diese erreichten eine bedeutende Kriegskunst, sie nahmen den Kriegswagen an und das Pferd, wurden mächtige Krieger. Unter ihrem König Sialath-Nisjeer I wurde Babylonien vollständig unterworfen (1100 v. Chr.) und das assyrische Weltreich begründet, das sich nun ausdehnte vom Mitteländischen bis zum Schwarzen Meer; es erreichte seine höchste Macht und Kulturblüte in der Zeit von 722 bis 705 v. Chr. unter Sargon II. Die Religion der mesopotamischen Völker übte auf die Entwicklung der Baukunst einen viel geringeren Einfluß aus, als das bei den Ägyptern der Fall war. Es war der Schamanismus der Sumerer, der den Religionen dieser Völker zugrunde lag. Der Glaube, daß Zauberer (Schamanen), begabt mit übernatürlichen Kräften, zwischen Menschen und Göttern vermitteln wirkten.

Unter ihren Gottheiten waren Anu, der Geist des Himmels, und Ea, der Geist der Erde, die höchsten. Später kamen hinzu die von den Semiten verehrten Götter Bel (Baal) als Beherrscher der Welt und Vater der Götter, und die in den Gestirnen personifizierten, unter denen Ishtar (Astarte) als Göttin der Fruchtbarkeit eine besondere Bedeutung zuzum. Ein bestimmter Totenkult bestand ebensowenig wie ein Unterbewußtseinsglaube, infolgedessen konnte sich auch eine große monumentale Gestaltung des Grabbaues nicht entwickeln. Griechische und römische Schriftsteller berichten nur von Tempel- und Palastbauten, nur auf diese und die Werke der Landbewässerung und Entwässerungsanlagen beschränken sich die bis jetzt gefundenen Ueberreste. Die babylonisch-assyrische Kultur gründete sich auf die der Sumerer, so wurde auch deren Baukunst von Babyloniern und Assyrern weitergebildet und kann folglich von einem babylonisch-assyrischen Stil gesprochen werden. Ein in Nuffar (dem einstigen Nippur) aufgefundenen Abzugskanal, dessen Anlage wohl weit in das fünfte Jahrtausend v. Chr. zurückreicht, ist schon in Keilschrift eingewölbt. An solchen Werken dürften die Babyloniern und Assyrer die Kenntnis des Bogens- und Gewölbebaues erlangt haben, den sie dann auf ihre Hochbauten übertrugen und der in weiterer Ausbildung den großartigen Gewölbe- und Kuppelbau der Assyrer zeitigte. Von der außerordentlichen Baulust der akkadischen Herrscher zeugen nur noch mächtige Trümmerhaufen der alten Hauptstädte Sippara, Ugar, Ur und Babylon. Von den riesigen Bauwerken der einst so mächtigen Stadt Babylon, wie der Tempel des Belus, die hängenden Gärten der Semiramis u. a., wie sie alte Schriftsteller schildern, sind nur noch große Schutthügel übriggeblieben, in denen ein bestimmter Baustil nicht mehr zu erkennen ist.

### Die Craminkler Mühlenindustrie

(Schluß.)

Die Mühlenindustrie lebte meist in sehr ärmlichen Verhältnissen, bis es dann einigen tüchtigen Männern im 19. Jahrhundert gelang, sich zu einem gewissen Wohlstand emporzuarbeiten. Besonders blühte das Geschäft in der Familie Leffler, da der Borzel einen vorzüglichen, besonders für die Weizenmüllerei geeigneten Stein ergab. Gelernt wurde besonders nach Norddeutschland, viel aber auch nach außerdeutschen Ländern. Immer und immer wieder versuchten daher andere Steinbrecher auch am Borzel Steinbrüche anlegen zu dürfen. Der Herzogliche Dominalfiskus hatte natürlich ebenfalls starkes Interesse daran, und er versuchte, der Familie Leffler die Eigentumsrechte am Borzel streitig zu machen, weil das Lehngeld im Vergleich zu den Einnahmen aus den anderen Brüchen gering war. Den Anlaß zum Kampf gab eine angebliche Uebertretung der Steinbruchordnung vom 14. Februar 1853 durch Andreas Leffler. Sieben Jahre, von 1859—1866 dauerte der Prozeß, den Leffler durch drei Instanzen gewann. Wiederholt hatte er Vergleiche angeboten. Immer wieder war er abgewiesen worden. Als der Prozeß zu Ende war, war das Geschäft des alten Mannes so gut wie ruiniert. Die Arbeit am Borzel fing an, schwieriger zu werden. Viel untaugliches Gestein (böse Wände) mußten weggeräumt werden. Die Konkurrenz der ausländischen Steine drückte das Geschäft. Schließlich hatten die Steinbrecher wiederholt den Staat um Ablösung ihrer Rechte am Borzel. Der Fiskus zögerte die Angelegenheit hinaus, bis er die verlangte Summe immer weiter heruntergepreßt hatte. Endlich, 1874, wurde der 2/3 Anteil Andreas Lefflers für 3500 Taler abgelöst, drei Jahre später die 1/3 Friedrich Leberecht Lefflers für 4200 Mark. Nur der alte Schultheiß Christoph Leffler wollte das seit mehr als 200 Jahren vererbte Recht seiner Vorfahren nicht verkaufen. Er ist ein sehr tüchtiger Mann gewesen und hat es verstanden, durch sorgsame Arbeit sich seinen Kundenstamm über die schlechte Zeit hinweg zu erhalten. Man hatte mittlerweile auch gelernt, die Steine aus einzelnen Teilen zusammenzusetzen und mit Eisenreifen zu binden, so daß man das Material besser ausnützen konnte. Die früher als unbrauchbar auf die Halde geworfenen Stücke wurden jetzt hervorgeholt und verwendet. Die Forstleute haben das gar nicht gemerkt. Sie schrieben von Mühlensteinen und mit den verkitteten Steinen würden die Mühlen nur betrogen. Es muß zugegeben werden, daß durch die riesigen Halde am Borzel viel Schaden angerichtet worden ist, aber viele Familien verdienen doch hier ihr Brot. Auf die Seite der Mühlensteinhauer traten eigentlich nur sehr wenige, so der Bergrat Credner und Karl Zerrenner, der vor allem betonte die Bedeutung der Mühlenindustrie und zeigte auch Wege, wie die wertvolle Steinmasse am vorteilhaftesten ausgenutzt und andererseits die fortschreitenden Schäden so weit als irgend möglich vermieden werden könnten.

Das Hauptgestein des Thüringer Waldes ist der Porphyr, dessen vorzügliche Eignung zu Mühlensteinen man also frühzeitig erkannt und ausgemerzt hat. Von einem guten Mühlenstein verlangt man große Härte, die der Abnutzung recht lange widersteht, poröse scharfkörnige Struktur, Hitzebeständigkeit, leichte Bearbeitbarkeit u. a. Alle diese Bedingungen kann ein Gestein nicht in sich vereinigen, denn Härte und leichte Bearbeitbarkeit schließen einander aus. Der Porphyr kommt aber in so vielen Abarten vor, daß man für jeden Zweck ein geeignetes Gestein findet, meist in ganz bestimmten Brüchen, deren es sehr viele gibt. Der Porphyr ist ein Ergußgestein, das aus einer dichten Grundmasse mit darin eingebetteten Kristallen, den Einsprenglingen, das sind meist Quarz und Feldspat, besteht. In der vorletzten Periode des geologischen Altertums, dem Rotliegenden, befanden sich an der Stelle des heutigen Thüringer Waldes gewaltige Vulkanföhlünde, die mehrmals riesige Mengen Lava, den Porphyr verbunden mit ungeheuren Mengen über die Oberfläche ergossen. Die Asche wurde später verflüchtigt zu den Tuffen. Die Abkühlung und Auskristallisierung des flüssigen Gesteins ging bei einer Mächtigkeit von über 200 Metern natürlich verschieden schnell vor sich. Außen kühlte es sich rasch ab, weiter im Inneren langsam, und das änderte die Struktur der Masse. So kam es, daß einmal durch die verschiedenen Ergüsse und dann durch die Verschiedenartigkeit der Abkühlung die vielen Porphyrvarietäten entstehen konnten.

Für unsere Zwecke kommen nun zwei Gruppen in Betracht, die man als älteren und jüngeren Porphyr zusammengefaßt hat. Die beiden unterscheiden sich im wesentlichen durch die Größe ihrer Einsprenglinge. In einigen Stellen zeigt der jüngere Porphyr neben seiner sonst kompakten Struktur noch eine drüsig. Es treten nur wenige Millimeter große Hohlräume auf, die mit hellen Quarzkristallen ausgefüllt sind. Am Ziegenböcher hat man dieses Gestein als Mühlenstein gebrochen. In einem anderen Bruch, im Schmalwassergrund oberhalb von Lambach-Dietmarz, gewinnt man ebenfalls jüngeren Porphyr, aber mehr von dichter Struktur. Die Steine werden fast ausschließlich zum Gipsmahlen benutzt, weil sie starke Erhitzung vertragen können.

Früher wurde der ältere Porphyr viel mehr als heute zu Mühlensteinen verarbeitet. Auch hier ist es wieder eine besondere Abart, die ihn geeignet macht. Sie beschränkt sich auf ganz bestimmte Fundorte: Borzel, Hohe Warte, Böhler, Rienberg u. a. Das Gestein ist äußerst hart, porös bis großkörnig und von wechselnder Farbe, aber meist hell. Die Hohlräume sind von einem schwammähnlichen Netzwerk von Feldspatbälkchen ausgefüllt, aber mit kleinen Quarzkristallen überleitet, so daß das Gestein sich sehr scharf und rasch anfühlt.

Neben diesen Vorsprüngen hat aber der Porphyr auch eine lästige Eigenschaft. Das ist die unregelmäßige Absonderung. Zwar erleichtert sie manchmal die Gewinnung der Mühlensteine, aber mancher schon fast fertige wird durch einen Stich (verteilter Riß) unbrauchbar gemacht. Auf den ausgedehnten Halde der Brüche kann man davon eine Menge finden.

Das Brechen und Hauen der Steine geht auch heute nicht anders vor sich, als es Voigt in seinen „Abhandlungen“ erzählt.

Die Größe der Steine ist verschieden. Es gibt welche von 2 Meter Durchmesser und 0,5 Meter Stärke, was bei einem spezifischem Gewicht von 2,4 gleich 81,6 Zentnern entsprechen würde, und es gibt kleine von kaum 0,5 Meter Durchmesser und entsprechender Stärke. In Gipsmühlen besonders benutzt man kleine Steine, die vertikal laufen und von denen jedesmal drei zusammengehören.

Die Blütezeit der Craminkler Mühlenindustrie ist vorbei. Nur ein Betrieb hat sich über die Not der Zeit retten können. Auch er hat bei der allgemeinen Wirtschaftskrise und der starken Konkurrenz der künstlichen Steine schwer zu kämpfen. Die paar Leute aber halten einen Gewerbebezweig hoch, der uralte ist und in Deutschland nicht einzig dasteht.

Karl Jimmel.

**Welt-Strassenplan.** Einen beachtenswerten Vorschlag macht die Internationale Handelskammer für die Schaffung eines allgemeinen Strassenplanes. Dieser solle alle bestehenden Strassen in sein Verzeichnis aufnehmen und auch die zukünftige Verkehrs-entwicklung mit berücksichtigen. Die Strassen sind in zweckmäßiger Weise einzuteilen, wobei die Verkehrsansatz- und Richtpunkte sowie Art und Bedeutung des jeweiligen Verkehrs gebührend berücksichtigt werden. In Ländern mit entwickeltem Strassenplan bildet eine methodische Verkehrszählung die Grundlage dieser Arbeit.

### Die Verkehrssummwachlung auf der Landstraße

Die Betrachtungen über die Verkehrsentwicklung der Neuzeit werden beherrscht von dem Wettbewerb zwischen Reichsbahn und Kraftwagen, der durch die dritte Notverordnung der Reichsregierung einen gewissen zwangsweisen Abschluß gefunden hat. Die Verkehrssummwachlung auf den Landstraßen, die für den Straßenbauer von großer Wichtigkeit ist, tritt daneben ganz in den Hintergrund, dabei haben sich gerade auf der Landstraße in den letzten Jahren Verkehrssummwachlungen vollzogen, die für die umfängliche Kostenfrage hinsichtlich der Unterhaltung und des Neubaus von Landstraßen von entscheidender Bedeutung sind. Die Landstraße ist heute wesentlich stärker belastet als vor einem Jahrzehnt, und die Mittel, die früher für die Instandhaltung der Landstraßen aufgewendet wurden, sind heute bei weitem nicht mehr ausreichend. Der Streit darüber, welchen Anteil die einzelnen Fahrzeugarten an der Belastung der Landstraßen haben, kann unter wesentlich anderen Gesichtspunkten erfolgen, wenn man die Ergebnisse der Reichsverkehrszählungen heranzieht.

In der folgenden Statistik werden die Verkehrsveränderungen in n. S. von 1924/25 zu 1928/29 für einige Länder und Provinzen dargestellt. Die Verkehrszunahme betrug in

Land/Provinz	Personenkraftwagen	Lastkraftwagen	Gesamterkehr
Bayern	221	95	91
Sachsen	281	252	159
Württemberg	253	109	99
Baden	188	130	93
Braunschweig	246	155	94
Schleswig-Holstein	149	184	66
Mecklenburg-Schwerin	221	220	71

Dagegen hat der zugüterbespannte Verkehr abgenommen in Bayern um 19,2 v. S., in Sachsen um 16, in Württemberg um 28, in Baden um 25,4, in Braunschweig um 11,1, in Schleswig-Holstein um 19,2 und in Mecklenburg-Schwerin um 9,6 v. S. Ein anschauliches Bild von den Veränderungen in der Benutzung der Landstraßen durch die einzelnen Fahrzeugarten vermitteln auch die Verhältniszahlen von Pferde- zu Lastkraftwagenverkehr. Auf einen Lastkraftwagen entfielen in Sachsen 1924/25 3,52 Pferde- fuhrwerke gegen 0,84 Pferde- fuhrwerke 1928/29; in Bayern kamen auf einen Lastkraftwagen 1924/25 4,05 Pferde- fuhrwerke gegen 1,69 Pferde- fuhrwerke 1928/29. Im Reichsdurchschnitt betrug das Verhältnis von Pferde- zu Lastkraftwagenverkehr im Jahre 1924/25 noch 5,27, während heute im Durchschnitt auf einen Lastkraftwagen nur noch 2,41 Pferde- fuhrwerke entfallen. Der durchschnittliche Rückgang des Fuhrwerkverkehrs beträgt 17 Prozent, während der Verkehr mit Kraftstradern und Personenkraftwagen um rund des 2/3-fachen und der mit Lastkraftwagen um fast das Doppelte gegen 1924/25 zugenommen hat.

Der Zustand der Landstraßen macht in vielen Fällen die Benutzung durch Lastkraftwagen und Personenkraftwagen unmöglich. Infolge der unzulänglichen Mittel, die für die Unterhaltung der Landstraßen zur Verfügung stehen, hat die Modernisierung des Straßennetzes mit der Verkehrsentwicklung nicht Schritt gehalten. In den Jahren nach der letzten Zählung wird sich das Tempo der Verkehrsentwicklung etwas verlangsamt haben. Darüber liegen zwar keine statistischen Feststellungen vor, man kann das aber aus der verminderten Einstellung von Kraftfahrzeugen in den Verkehr schließen. Bis 1929 verlief die Verkehrsentwicklung in einem sprunghaften Tempo, sie hat sich seitdem schon aus dem Grunde erheblich verlangsamt, weil die Kriege auch die Verkehrswirtschaft erschüttert und schwer erschütterte. Dieser natürliche, aus der Entwicklung zwangsweise herbeigeführte Vorgang zieht eine vorübergehende Stillstandsperiode nach sich, die von einer Auslese und Festigung begleitet wird.

E. N.

### Fachliche Notizen

**Folgerichtigkeit im Straßenbau.** Mit Recht weist die Internationale Handelskammer darauf hin, daß, bevor der Bau oder die Verbesserung einer Straße in Angriff genommen wird, man sich vergewissern muß, ob sie ihrer Lage und Art nach überhaupt den Verkehr genügend anziehen wird, um ihre Anlage zu rechtfertigen. In denjenigen Staaten aber, die sich erst am Anfang ihrer Straßenverkehrsentwicklung befinden, besteht nach Ansicht dieser Expertenvertretung der Internationalen Wirtschaft der erste Schritt in der Herbeiführung irgendwelcher Verkehrsverbindungen überhaupt. In dieser Weise wird dann sobald wie möglich ein großes Straßennetz erstellt, — selbst wenn dessen einzelne Straßen ihrem Charakter nach ziemlich einfach sind. Später können dann diese Straßen in dem Maße, wie es die Verkehrsbedürfnisse wirtschaftlich notwendig machen, verbessert werden. Ferner empfiehlt die Kammer, das Arbeitsprogramm für mehrere Jahre im voraus festzulegen. Die Gesamtkosten der Straßenerhaltung und des Straßenverkehrs werden nach ihrer Ansicht geringer, wenn eine abgenutzte und alte Straße durch eine solche mit zeitgemäßer Fahrbahnbede ersetzt wird, die der Art und dem Umfange des Verkehrs entspricht.

**Eiszeit-Nachweis in Basaltbrüchen.** Unter der Ueberschrift „Ewiges Eis in Deutschland“ weist ein Naturwissenschaftler in dem Abendblatt der Frankfurter Zeitung vom 20. Oktober 1931 auf folgende, für manchen unserer Leser aufschlußreichen Entwicklungsgang hin: In Mitteldeutschland hat man an drei Stellen beobachtet, daß sich Eis selbst in den wärmsten Sommern erhalten hat. Schon lange bekannt sind die sogenannten Eislöcher an der oberen Saale in den sogenannten Bleibergen. In unmittelbarer Nähe der im Bau befindlichen Bleibergsperre liegen die Eislöcher. Die Saale umfließt an dieser Stelle einen aus devonischen Tuffen und Schiefern, Diabasen aufgebauten Berg, den Großen Bleiberg. Sowohl an der Südseite als auch an der Nordseite dieses Berges finden sich Steilhänge, an denen ziemlich mächtige Blockflager sich finden. Diese sind wahrscheinlich auf eiszeitliche Verwitterung zurückzuführen. Auf der Nordseite liegen die Eislöcher, in denen selbst im August der warme Sommer in Klüften Eis zeigt. Man nimmt an, daß offene Klüfte den Berg durchstießen, die einen kalten Luftstrom erzeugten, durch den das Eis erhalten bleibt. Dieses geologische Naturdenkmal wird wahrscheinlich durch den Bau der Bleibergsperre vernichtet werden. Wenn die Sperre in einigen Jahren vollgelaufen sein wird, ist das Wasser aus der Südseite des Großen Bleibergs derart hoch gestaut, daß höchstwahrscheinlich ein Teil der Durchzugsmöglichkeit kalter Luftmassen eingeschränkt wird.

Im Dillkreis hat man vor kurzem bei Tammersbach Reste ewigen Eises gefunden. Als man die Halde des Flammersbacher Basaltbruches abräumte, stieß man auf Eisklumpen, welche die Größe eines Runderkopfes erreichten. Man erklärt sich diese Vorkommen so: Man nimmt an, daß von oben her Luftmassen in die Geröllmassen kommen, die nach unten durchdrücken und mit größerer Kälte wieder austreten. Feuchtigkeit, die durch die kühlen Luftmassen in Eis verwandelt wird.

Schließlich findet sich bei Friedrichs im Kreis Limburg an der Bahn bei Dornburg ein Basaltmassiv, in dem sich ebenfalls Eisgebilde finden. Man kennt dieses Vorkommen schon seit dem Jahre 1839. Um diese Erscheinung des ewigen Eises noch deutlicher zu zeigen, hat man in den Berg zwei 3 Meter lange Stollen getrieben. In diesen Stollen hält sich das Eis selbst in den wärmsten Sommern. Von den Bewohnern wird das Eis für den Hausgebrauch verwandt.

Was eure Väter voll Müh, was eure Mütter voll Weh ringend und darben gebau, gab auch den heiligen Grund, darauf ihr in segnender Früh aufsteigt zum fruchtbaren Tag. Seht wie das Licht euch verfraut.

# Der Jugend

Seht wie der Kampf eurer harri! Schlechtes noch schreckt euren Schrift, Schatten der Dämmerung sinkt, Zwiefracht und niedriger Bahn grauer Vergangenheit flarrt! Aber ihr fürchtet euch nicht. Seht wie die Zukunft euch winkt!

## Arbeiterjugend 1932

Wir sind nicht weich und träumerisch,  
Von Romantik umdämmert:  
Uns hat das Leben herb und frisch  
Gehärtet und gehämmert.

Uns hat die Not aufs Rad gespannt  
Wie Henker die Rebellen.  
Wir aber leisten Widerstand,  
Wir lassen uns nicht prellen.

Man ächtet unsere Schaffenskraft  
Trotz unsrer Widerrede,  
Dem Sein, das solche Nebel schafft,  
Erklären wir die Fehde.

Der Sturm umwettert unsern Lenz  
Mit dumpfem Donnerrollen.  
Im Kampfe um die Existenz  
Gilt nur das harte Wollen.

Sentimentales Diddlemei  
Kann uns nicht mehr verwirren,  
Entschlossen strömen wir herbei,  
Wenn die Fanfaren klingen.

Die Bluse blau, das Banner rot,  
Im Auge Siegesfreude:  
So stürmen wir in Not und Tod  
Das morische Weltgebäude.

V. K.

## Jugend in den Gewerkschaften

In Zeiten der Not und der großen Arbeitslosigkeit ist es sehr schwer, die Jugend zur gewerkschaftlichen Mitarbeit heranzuziehen. Es sind Gleichgültigkeit und Verzweiflungstimmungen, Laune und Vagheit zu überwinden. Niemand will jetzt gerne heranziehen, denn die Gewerkschaften können jetzt keine klingenden Erfolge aufweisen, da sie alle Kraft darauf konzentrieren müssen, die Verelendung der breiten Masse zu verhindern. Bei der Jugend liegen die Dinge noch dadurch erheblich schwieriger, weil jährlich neue Jugendliche in den Beruf eintreten, die den Kampf zwischen Kapital und Arbeit noch nicht kennen und meist ganz falsche Vorstellungen von den Verhältnissen zwischen Arbeiter und Unternehmer haben. Dazu kommt, daß normalerweise in jedem Jahre rund ein Drittel der gewerkschaftlichen Jugendmitglieder in die Reihen der erwachsenen Mitglieder aufrückt. Dadurch entsteht eine Lücke, die wieder aufgefüllt werden muß. Die Werbung darf also nicht nachlassen, wenn wir die Jugend zu Mitkämpfern gewinnen wollen.

Erfreulicherweise läßt sich feststellen, daß die harte Krisenzeit der gewerkschaftlichen Jugendorganisation keinen großen Abbruch getan hat. Nach den statistischen Nachweisen waren Ende 1930 rund 270 000 Jugendliche in den Gewerkschaften organisiert gegen 296 000 Ende 1929. Da in vielen Verbänden die Jugendlichen nicht besonders gezählt werden, so dürfte die wirkliche Zahl der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder noch wesentlich größer sein. Der Rückgang ist bei der starken Arbeitslosigkeit nicht als erheblich anzusehen. Von der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder waren 1930 rund 5,7 Prozent Jugendliche gegen 6 Prozent im Jahre 1929. Dieses Ergebnis ist immerhin ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der Gewerkschaftsgedanke in den Kreisen der Jugendlichen trotz aller Schwierigkeiten, die die Zeit mit sich bringt, lebendig ist. Es berechtigt zu der Hoffnung, daß nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise der Rückgang bald wieder aufgeholt wird.

Von den 30 freigewerkschaftlichen Verbänden haben 20 ihre Mitgliederzahl angegeben. Davon hatten:

	1929	1930
Baugewerksbund . . . . .	39 087	34 837
Bekleidungsarbeiter . . . . .	3 722	3 221
Bergbauindustrie . . . . .	9 901	9 523
Buchbinder . . . . .	7 584	6 441
Buchdrucker . . . . .	16 594	15 633
Dachdecker . . . . .	1 326	1 180
Eisenbahner . . . . .	985	1 054
Fabrikarbeiter . . . . .	22 226	21 710
Gelatinverband . . . . .	8 057	7 527
Holzarbeiter . . . . .	26 314	23 283
Kupferschmiede . . . . .	495	477
Landarbeiter . . . . .	7 987	7 116
Lithographen . . . . .	4 133	3 825
Maler . . . . .	9 066	8 223
Metallarbeiter . . . . .	74 502	68 767
Musiker . . . . .	290	455
Nahrungsmittelarbeiter . . . . .	9 533	8 221
Sattler . . . . .	2 224	2 759
Steinarbeiter . . . . .	1 725	809
Zimmerer . . . . .	11 779	8 533

Wie aus dieser Aufstellung hervorgeht, haben mit drei Ausnahmen alle Verbände Verluste erlitten. Der Rückgang ist aber, wie die Zahlen zeigen, bei vielen Verbänden ganz gering. Die Verluste dürfen kein Grund sein, den Kopf hängen zu lassen oder den Mut zu verlieren, denn wenn in einer solchen Krisenzeit die gewerkschaftlichen Jugendbeiräte sich so stabil halten, dann ist das ein Beweis dafür, daß diese Einrichtungen gut und notwendig sind. Gewiß kann die heutige Zeit mit ihren wirtschaftlichen Bedrückungen keine allzu freudige Stimmung hervorrufen, aber mutlos machen darf sie auch nicht.

Der Zweck der gewerkschaftlichen Jugendarbeit liegt darin, die neu in den Beruf eintretenden Jugendlichen in der Gewerkschaft zusammenzufassen und sie auf das spätere Aufsteigen in die Organisation der Erwachsenen vorzubereiten. In den Rahmen dieser Aufgabe fallen belehrende und unterhaltende Vorträge, die theoretische Einführung in den Beruf und seine Ausübungen usw. Den Jugendlichen soll geholfen werden, in ihrem erwählten Beruf fortzukommen. Man will die Jugendlichen zu selbständigen, freien Arbeitern erziehen, daß sie im späteren Leben ihren Mann stehen und sich nicht ducken und kriechen. Gerade unsere heutige Zeit, wo politische Abenteuer um die Seelen der Jugend buhlen, braucht ein starkes heranwachsendes Geschlecht.

## Wieviel Zeitungen liest die Menschheit?

Auf der Erde gibt es im ganzen 95 000 Presseorgane, und zwar 15 000 Zeitungen und 80 000 Zeitschriften. Die höchsten Zahlen weist Europa mit 45 000 Presseorganen auf, dann folgt Amerika mit 39 000. Asien muß sich mit 7400, Australien mit 1275 und Afrika gar mit nur 840 Presseorganen begnügen.

Von den europäischen Ländern steht Deutschland an der Spitze in der Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften. 8275 Presseorgane werden in Deutschland hergestellt nach den neuen Zahlen, über die die Zeitschrift „Zeitungswissenschaft“ berichtet. An zweiter Stelle steht Großbritannien mit 5175 und an dritter Stelle Frankreich mit 5600 Presseorganen.

Welch ungeheure Zahlen! Und doch lesen viele Menschen kaum eine Zeitung, viel weniger eine Zeitschrift! Und wieviele lesen aus dieser ungeheuren Fülle der Zeitschriftenliteratur wahllos!

Lies vor allem dein Blatt, das deine berechtigten Interessen und deinen Glauben an Recht und Zukunft vertritt! Kein zahlenmäßig ragt die Auflagesziffer der Gewerkschaftspressen auch weit heraus aus der deutschen Zeitschriftenliteratur! Sei dir stets dieser Bedeutung bewußt, würdige deine Presse und lies dein Blatt!

## Wann entsteht das Berufsinteresse?

Man hat das Verhältnis von Allgemein- und Sonderbegabung bei Kindern und Jugendlichen untersucht und ist dabei zu einem auch praktisch bedeutsamen Ergebnis gekommen. Bis zur Pubertät ist nur eine Zunahme der Entwicklung der allgemeinen Fähigkeiten des jungen Menschen festzustellen. „Erst mit dem Einsetzen der Pubertät“, so berichtet die Zeitschrift für Psychologie, „wird diese Entwicklung durchkreuzt durch eine zunehmende Herausbildung der Sonderfähigkeiten.“ Das heißt, das besondere Interesse für ein bestimmtes Gebiet und die besondere Fähigkeit, auf einem bestimmten Gebiete etwas zu leisten, setzt erst mit der Pubertät des jungen Menschen ein.

Bei der männlichen Jugend ist diese Entwicklung noch deutlicher festzustellen als bei der weiblichen. Jedenfalls beweist diese Tatsache, daß die Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr, wie die Gewerkschaften sie verlangen, auch eine geistige und psychologische Notwendigkeit ist. Alle modernen Einrichtungen, wie Berufsberatung und dergleichen, setzen die volle Ausprägung der Berufsneigung in den jungen Menschen voraus, und die zeigt sich nach diesen Untersuchungen bei der Schulentlassung heute in vielen Fällen noch nicht deutlich.

## Der Mut zur Treue

Es liegt im Wesen der Jugend, ihre Kraft zu erproben, Freude zu haben an Widerstand und innerlich etwas zu fühlen, das stärker ist als alles, das sich da anstemmt.

Und da lockt den einen oder anderen der jungen Menschen die nationalsozialistische Romantik. Da hören sie ein lautes und drohendes Wort. Da glauben sie, das zu finden, das ihre Kräfte erproben läßt. Da glauben sie, ein Erleben des innerlichen Selbst zu finden. Und doch, welch ein Irrtum!

Es ist schlaapp, die alte Fahne der eigenen Klasse zu verlassen. Es ist schlaapp, in Zeiten der Not den geringsten Widerstand aufzusuchen und denen zu folgen, die da ohne sozialen Trost in nationalistischen Reden schwelgen.

Es ist ein Stück moralischer Kraft, treu zu sein. Hier fannst du dich messen und zeigen, hier im zähen sozialen, gewerkschaftlichen Werk.

Solche Weltkriege, wie die Erde sie noch nie gesehen hat, kann kein Verband, kein Programm, keine Partei von heute auf morgen überwinden, und folgst du solcher Versprechung, dann folgst du dem Zug und dem Trug. Und der Schwäche. Und du bist nicht jung. Weil du nicht trotzig und glaubend bist.

Nein, es geht nicht von heute auf morgen. Hier nicht und da nicht. Aber wir beissen uns durch. Wir erzwingen das Maß des Möglichen. Und erkämpfen so, vielleicht eher als wir heute noch glauben, den ganzen Endsieg.

Während du abseits standest. Bei den anderen. Im Kreise der Unternehmer und Generale und Prinzen. Und während du da deine junge, herrliche Kraft verzettelt hast. Und während du uns den Kampf und den Sieg überlieftest.

Uns! Den Arbeitern!

## Die Krise vor 75 Jahren

Es werden jetzt gerade 75 Jahre, daß die Welt zum ersten Male von einer ungeheuren kapitalistischen Krise erschüttert wurde, und wenn wir die Erscheinungen jener Krise mit denen von heute vergleichen, dann finden wir, daß diese Erscheinungen im Wesen die gleichen sind. Der Kapitalismus wird von einer innerlich immer gleichen Geschwängtheit getrieben, die es aufzudecken gilt. Und da sehen wir heute wie vor 75 Jahren, daß nur ein sozialer und internationaler Gedanke eine Ueberwindung dieser Erschütterungen der Welt bringen kann.

Wir würden diese interessanten Vergleiche zwischen der Krise von heute und der vor 75 Jahren nicht so genau ziehen können, wenn nicht ein begabter Nationalökonom jener Zeit in einer Schrift diese Krise des Jahres 1857 beschrieben hätte, Dr. Albert Schäffle. Manche Stellen dieser Schrift lesen sich so, als seien sie von einem Volkswirtschaftler unserer Tage über die Krise von heute geschrieben.

Damals waren es genau wie heute die Schuldnerländer, in denen die Krise begann. Nur daß Amerika damals die Schuldnerin der Welt gewesen ist und nicht wie heute Europa. Aber auch damals war es wie heute: so, daß die Krise dann von den Schuldnerländern auch auf die Gläubigerländer übersprang. Vor der Krise war kein Land gesichert, und die Stabilisierung der Wirtschaft hatte schon damals in einer internationalen Zusammenarbeit die Voraussetzung. Darum wurde auch damals wie heute Frankreich als das Land mit dem unbedeutendsten auswärtigen Handel am wenigsten von der Krise betroffen.

Was ferner damals wie heute als Krisenursache bezeichnet wurde, das ist die extreme Technisierung und Rationalisierung. Diese Technisierung legte damals zuerst in stärkerem Maße ein, und diese „Erzengnisse der mechanischen Technik“, wie Schäffle sich ausdrückte, förderten jene Krise. So wie die einseitige Rationalisierung und Technisierung nur unter dem Gedanken des Profits, ohne Beachtung der sozialen Notwendigkeiten, auch heute zu der Weltarbeitlosigkeit beigetragen hat.

Damals wie heute also mangelhafter Ausbau des internationalen Gedankens. Damals wie heute einseitige kapitalistische Profitgestaltung der Welt. Und als ihre Folgen die Krisen. Der Menschheitsgedanke, wie der soziale Gedanke, sie sind darum nicht Ideen von Utopisten und weltfremden Moralisten. Diese Ideen gehören zum gesundem Ausbau der Wirtschaft der Welt. Sie sind das Fundament eines harmonischen Zusammenlebens der Menschen, das dann nicht immer und immer wieder von Krisen erschüttert werden wird.

Allerdings ging die Weltkrise damals schneller vorüber als heute. Nur einige Monate nach ihrem tiefsten Stande — und die Länder hatten sich aus der Krise herausgerungen. Und ein Wirtschaftsaufstieg trat ein, wie meist nach solchen Wirtschaftskrisen. Aber vorübergehend doch nur. Dann kamen neue Krisen. Und unsere Krise von einem Ausmaße, wie es die Welt noch nicht gesehen hat.

Und da tritt heute so besonders deutlich zutage, was sich schon damals gezeigt hat, daß nur eine internationale Verständigung den Boden für eine wahrhaft neue Epoche bedeutet und daß der soziale Gedanke, der bisher nur zu sehr außerhalb der Wirtschaft gestanden hat und von den schaffenden Menschen als Forderung vertretet wurde, daß dieser soziale Gedanke mehr ist als eine sittliche Forderung. Daß er die Voraussetzung für ein geistliches Leben der Völker bedeutet. Die soziale, ethische Gestaltung der Wirtschaft gehört zum Wesenselement einer gesunden Volks- und Weltwirtschaft. Und unsere Aufgabe ist es, durch die Wucht einer geschlossenen Masse diese Forderung heute mehr und mehr zu verwirklichen. Internationale Verständigung und soziales Recht! Freie Völker und in den Völkern freie Menschen! Und dieser ethische Gedanke der neuen Wirtschaft der Welt, wie die Arbeiterbewegung ihn in Jahrzehnten getragen hat, er wird die Epoche der Welt bedeuten, in der die Menschheit nicht immer wieder von Krisen erschüttert wird.

Glaubt darum an euch selbst und euren großen Gedanken! In der Bewegung der Schaffenden liegt der Wesenskern des neuen Glüdes. Mit der Ueberwindung dieser Krise sei die Ueberwindung der Epoche der Krisen erreicht! Die Welt soll werden international und sozial — sozialistisch! Das ist die geschichtliche Notwendigkeit der organisierten Masse, die diesen großen Gedanken vertritt.

Und erzwingt.  
Niem zum Trog.

## Jugend und Nationalsozialismus

Die Arbeiterjugend sieht sich heute vor große und schwere Aufgaben gestellt. Nationalsozialistische Hegepolitik reißt im Lande umher und wiegelt die Bevölkerung gegen Republik und „Marxismus“ auf. Mord und Terror wird gepredigt von unverantwortlichen Schwärmern. Sie wenden sich hauptsächlich an die Jugend, die sie einfangen wollen für die dunklen politischen Pläne des Braunen Hauses in München. Politische Hochstapler und Abenteuerer, die ebenso gewissenlos wie machtgerig sind, wollen ein Diktaturregime errichten, das die Arbeiterschaft rechtlos macht. Die Arbeiterjugend, die die Wirtschaftsnot mühe gemacht hat, will man zum Spielball in den Händen militärischer Gernegroße machen. Außer dem Unternehmertum soll nur noch das Militär was zu sagen haben, und neben dem eingebildesten Nichtstudenten soll der geldgierige Gutsbesitzerjunge wieder zur Geltung kommen. Die Herrschaften, denen die Revolution die Pründe genommen hat, wollen ihre alte Macht im Staate wieder erobern. Sie wollen wieder herrschen und regieren, während die arbeitende Jugend gehorchen und arbeiten soll.

Die Arbeiterjugend hat vom Nationalsozialismus nichts Gutes zu erwarten. Das Borheimer Dokument beweist klar und deutlich, was aus der Arbeiterjugend wird, wenn das Braune Haus die Macht hat. Das Streikrecht wird aufgehoben, die Jugendorganisationen werden verboten, die Arbeitsdienstpflicht wird eingeführt und die Berufsvertretung der Arbeiterschaft wird beseitigt. Die Arbeiterjugend wird zur Arbeit kommandiert, und die „akademische“ Jugend läßt die Aussicht aus. Wer sich den Befehlen widersetzt, wird erschossen. Die SA., deren Führung in den Händen abgetakelter Offiziere liegt, ist Herr über Leben und Tod der Arbeiterjugend. Ein Blutregime wird errichtet, ein Massenabschlachten von Arbeitern, wie es beispiellos in der Geschichte ist.

Da kann die Arbeiterjugend nicht mehr tatenlos zusehen. Ihre Zukunft steht auf dem Spiele. Ueber den Lehrgängen soll der Meister wieder den Knüppel schwingen. Die Begrenzung der Arbeitszeit fällt fort, Lohn gibt es nicht mehr. Hunger, Prügel und rücksichtslose Ausbeutung wartet der Arbeiterjugend im Dritten Reich. Das Recht der Beschwerde wird beseitigt und die Arbeitsgerichtsbarkeit aufgehoben. Kein Jugendlicher kann mehr klagen gegen seinen Lehrmeister vorgehen, er muß Maulschellen und Stockprügel einstecken und hungernd und frierend das Bett aufsuchen.

Können wir das zulassen? Sollen wir uns weiter um Organisationsfragen streiten, während ein blutiger Führerkrieg die Vorbereitungen zur Rechtslosmachung der Arbeiterschaft trifft? Nein, die Zeiten sind zu ernst, um jetzt an der Organisation herumzumädeln. Die Gewerkschaften sind das Bollwerk, an dem die nationalsozialistische Welle zerbrechen muß. Die Bauern sind aufzurütteln, die Krieger müssen schweigen, die Schlagkraft der Organisation darf jetzt nicht durch Quertreibereien erschüttert werden.

Das Unternehmertum weiß, was es tut, wenn es die nationalsozialistische Bewegung finanziert. Es rechnet auf die Niederwertung der Arbeiterschaft durch den Klingen im Braunen Haus in München. Das politische Ziel ist den Unternehmern vorläufig völlig gleichgültig, sie wollen erst die Arbeiterschaft niedermerken, damit sie wieder schalten und walten können wie sie wollen. Die Unternehmer geben ihr Geld nicht umsonst aus, sie haben bindende Zusagen von Hitler erhalten, daß nach der nationalsozialistischen Machtgerierung die Gewerkschaften geschlagen und die sozialen Einrichtungen beseitigt werden. Das genügt den Unternehmern vorläufig.

Der gewerkschaftlich organisierten Jugend erwächst daraus die Aufgabe, die Berufscollegen aufzuklären. Sie muß es in die Hand nehmen, den unorganisierten Kollegen klarzumachen, was aus der ganzen Arbeiterjugend wird, wenn die braune Nordpest zur Herrschaft gelangt. Eine schwere Aufgabe ist es, aber sie muß getan werden, weil die Zukunft der Arbeiterschaft auf dem Spiele steht. Keine Arbeit und keine Mühe darf gescheut werden, jeder muß wirken und aufklären. Die Säumigen sind anzuspornen, die Trägen aufzurütteln, die Schwankenden aufzumuntern und die Abseitsstehenden heranzuziehen. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, dann werden die Bäume der braunen Nordbanditen nicht in den Himmel wachsen. Hitler beruft sich darauf, daß die Jugend hinter ihm steht, zeigen wir ihm, daß die Arbeiterjugend gegen ihn ist. Heran an die Arbeit! E. N.

## Neuzeitliche Jugendforschung und Jugendpflege

Man hat das 20. Jahrhundert das Jahrhundert des Kindes genannt. In der Tat: Eine große literarische Bewegung um die Wende des Jahrhunderts lenkte die Aufmerksamkeit auf die Probleme, die das Kind dem Erwachsenen stellt, es begann eine lebhaftere Erforschung des kindlichen Seelenlebens, pädagogische Fragen unter neuen Gesichtspunkten erregten die Gemüter von Eltern und Erziehern; auch in der Medizin verhalf das verstärkte Interesse am Kind der Kinderheilkunde als fruchtbarstem Sondergebiet zu großem Aufschwung, und die sozialhygienischen Bestrebungen folgten elastisch den neuen Anforderungen; moderne Säuglingspflege, Kleinkinderfürsorge, Schulkindererziehung usw. sind Ausdruck dieser erhöhten Sorge um das Kind.

Die teilnahmsvolle Beschäftigung mit dem Jugendlichen der Pubertätsjahre dagegen ist erst jüngeren Datums. Namentlich die medizinische Arbeit beschränkte sich fast ausschließlich auf die Beobachtung und Behandlung der ausgesprochenen krankhaften Erscheinungen, der eigentlichen Jugendpsychosen und -neurosen (der Geistes-, Gemüts- und Seelenstörungen).

Etwas weiter ist in den letzten Jahren die allgemeine jugendkundliche Forschung gediehen, steht aber auch noch in den Anfängen. Mutig vorangeschritten ist die Praxis. Außer den Bemühungen religiöser Gemeinschaften, ihre Jugend in konfessionellen Vereinen zu sammeln und ihr über die schwierige Zeit hinwegzuhelfen, suchten insbesondere die politischen Parteien aus der drängenden Erkenntnis heraus, daß man die Jugend brauche, um die Zukunft zu gewinnen, die Heranwachsenden an sich zu ziehen, gründeten die ersten Jugendheime und trachteten die aus der Jugend spontan entstandene Jugendbewegung in ihre Bahnen zu lenken. Ebenso ging die kommunale Jugendwohlfahrtspflege ohne breite theoretische Grundlage, sich intuitiv vorstehend, an ihre schwierige Arbeit und erstreckte bald ihre Tätigkeit nicht nur auf die Bearbeitung der Fürsorgeerziehungs- und Jugendgerichtsfälle, also auf die gefährdete Jugend, sondern widmete sich auch der Aufgabe einer allgemein vorbeugenden Jugendpflege.

Die Erklärung für das Nachhinken des theoretischen Studiums und den mangelnden Ausbau einer eignen Jugendkunde liegt wohl in der besonderen Schwierigkeit des Stoffes, in den flüchtigen Uebergängen von physiologisch und pathologisch (natürlich und krankhaft) anmutenden Erscheinungen bei den Pubertätsveränderungen, in der innigen Verkopplung von körperlichen und seelischen Vorgängen und nicht zuletzt in einer begreiflichen Scheu, an zarte, ohne Verletzung kaum berührbare Dinge zu tasten. So ist es erklärlich, daß die Dichter mit ihrer intuitiven Einfühlungsgabe diesen Problemen zuerst Worte verliehen haben.

Das Vorstehende ist „Die Einführung“ aus der lehrreichen Schrift: Die Seelenverfassung der Jugendlichen, von Dr. E. Haag. 2. Auflage. Herausgegeben vom Jugendreferat des DGB.